

Geschäftsbericht

2002

Beteiligungs- und Privatisierungsmanagement im Auftrag Österreichs

Die österreichische Industrieholding AG ist die Beteiligungs- und Privatisierungsagentur der Republik Österreich.

Im Einklang mit ihrem Regierungsauftrag setzt die ÖIAG dabei auf eine Doppelstrategie: Sie forciert einerseits die Wertsteigerung der ihr anvertrauten Beteiligungen und prüft andererseits laufend Exit-Szenarien mit dem Ziel der Teil- oder Vollprivatisierung jener Unternehmen, für die ein Privatisierungsauftrag besteht.

Beide Strategien werden parallel umgesetzt, um größtmögliche Unabhängigkeit und entsprechende Privatisierungserfolge zu sichern. Erfolgskriterium der Privatisierung ist dabei neben der Erlösmaximierung v.a. das Ziel der Arbeitsplatzsicherung.

Die ÖIAG versteht sich heute als industrienah und politikfern agierende Holding. Ihr Portfolio umfasst derzeit neun Unternehmen bzw. Unternehmensgruppen.

Inhalt

Die ÖIAG

Schwerpunkte 2002
Erfolgreiche Doppelstrategie aus
Wertsteigerung und Privatisierung (Vorwort)
Organe

Die Beteiligungen

Das Portfolio im Überblick
Austrian Airlines AG
BÖHLER-UDDEHOLM AG
OMV AG
Telekom Austria AG
voestalpine AG
VA Technologie AG
ÖIAG-Bergbauholding AG
Österreichische Post AG
Österreichische Postbus AG

Das Jahr 2002

Lagebericht
Jahresabschluss
Anhang
Bestätigungsvermerk
Bericht des Aufsichtsrats

Privatisierungsauftrag & ÖIAG-Gesetz

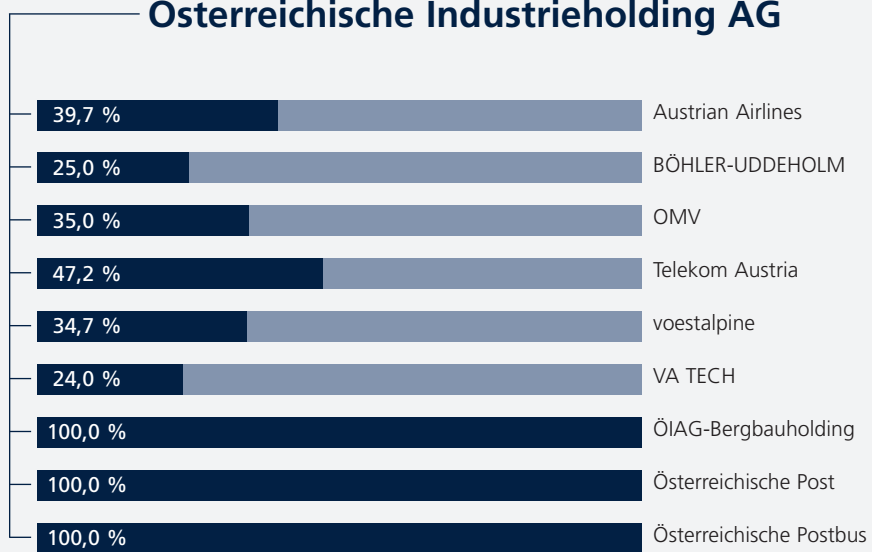
Der aktuelle Privatisierungsauftrag
Das ÖIAG-Gesetz 2000
Novelle 2003 zum ÖIAG-Gesetz 2000

Die Beteiligungen 2002¹

	Umsatz	EBIT	Ergebnis vor Steuern	Dividende pro Aktie	Dividende	Mitarbeiter- stand
	EUR Mio	EUR Mio	EUR Mio	EUR	EUR Mio	Durchschnitt
Austrian Airlines ²	2.204,4	41,4	4,2	–	–	7.358
BÖHLER-UDDEHOLM ²	1.441,2	111,9	82,1	2,3	24,1	9.296
OMV ²	7.079,4	494,8	473,9	3,5	94,0	5.748
Telekom Austria ²	3.908,2	323,5	43,8	–	–	15.714
voestalpine ²	4.391,9	223,0	122,0	1,2	47,4	21.738
VA TECH ²	3.871,6	83,3	–90,7	–	–	17.725 ³
ÖIAG-Bergbauholding	65,8	3,6	8,1	⁴	3,2	419
Österreichische Post	1.571,7	–7,6	–1,9	⁴	36,3	29.558
Österreichische Postbus	199,3	–4,8	–5,0 ⁵	⁴	–	2.807

¹ voestalpine AG: Geschäftsjahr 2002/2003 (1. April 2002 – 31. März 2003)
² Börsennotiert
³ Anzahl per 31. Dezember 2002
⁴ Angabe bei nicht börsennotierten Gesellschaften nicht sinnvoll
⁵ EGT

Österreichische Industrieholding AG



ÖIAG

•
DIAAG

Schwerpunkte 2002

Jänner

Dr. Michaelis übernimmt Aufsichtsratsvorsitz bei der Österreichischen Post und leitet Restrukturierung ein

Februar

März

100 %-Abgabe der Strohal Rotationsdruck GmbH an die Invest Equity Group

April

Kapitalerhöhung bei der voestalpine – Grundkapital erhöht sich von EUR 239,8 Mio auf EUR 287,8 Mio; ÖIAG-Anteil von 37,8 % auf 34,7 % reduziert

Mai

Dipl.-Ing. Rainer WIELTSCH wird in den ÖIAG-Vorstand berufen

Juni

Telekom Austria erwirbt unter aktiver Mitwirkung der ÖIAG die von Telecom Italia Mobile gehaltenen 25 % der mobilkom austria

Juli

August

September

Vertragsunterzeichnung für den Verkauf der Österreichischen Postbus an die ÖBB – Vertragsfrist ein Jahr

Oktober

November

Dezember

Neue Unternehmensstruktur für VA TECH wird verabschiedet

Erfolgreiche Doppelstrategie aus Wertsteigerung und Privatisierung



Interview mit den beiden ÖIAG-Vorständen Dr. Peter Michaelis und Dipl.-Ing. Rainer Wieltsch

»Die ÖIAG konnte 2002 – nicht zuletzt durch die gedämpfte Konjunktur- und Börselandschaft – keine großen Privatisierungen durchführen. Was waren aus Ihrer Sicht die wichtigsten Highlights bzw. Achievements der ÖIAG im vergangenen Geschäftsjahr?«

Dr. Peter Michaelis:

»Der "alte" Privatisierungsauftrag war ja, abgesehen von der Telekom Austria, bereits Ende 2001 im Wesentlichen erfüllt – 2002 haben wir daher nur (wie bereits 2001 vertraglich vereinbart) die Druckerei Strohal abgegeben und dafür immerhin EUR 27,8 Mio erlöst.

Aber wir haben 2002 in unserem Portfolio eine Reihe von Erfolgen erzielt und damit wichtige Grundlagen für künftige Privatisierungsschritte gelegt. Ich denke hier nur an den von uns verhandelten Rückkauf der mobilkom austria durch die Telekom Austria, den Verkauf der Postbus AG an die ÖBB, die erfolgreiche Einleitung der Restrukturierung der Österreichischen Post AG oder die Einführung einer neuen Unternehmensstruktur bei der VA TECH. Auch BÖHLER-UDDEHOLM hat sich in einem durchaus schwierigen Umfeld sehr gut behauptet.«

Dipl.-Ing. Rainer Wieltsch:

»Was die Unternehmen betrifft, deren Aufsichtsrat ich angehöre bzw. vorsitze: Die AUA hat im vergangenen Jahr bei ihrer Sanierung Großartiges geleistet und die Grundlage für einen nachhaltigen Turnaround gelegt. Und die OMV ist 2002 auf ihrem Weg zu einem Spitzenspieler der zentral- und osteuropäischen Öl- und Gasindustrie ein gutes Stück weitergekommen. Bei der voestalpine wurde eine Kapitalerhöhung zur Finanzierung von Akquisitionen im Motion-Bereich durchgeführt, bei der auch die ÖIAG im Vertrauen auf den erfolgreichen Weg des Unternehmens mitgezogen ist. Bei der Bergbauholding schließlich konnten wir Ende des Jahres einen neuen Vorstand bestellen, der die geplanten Maßnahmen im Bergbaubereich zügig umsetzen wird.«

»Unsere Beteiligungsunternehmen behaupten sich in einem wirklich nicht einfachen Konjunkturszenario durchwegs sehr respektabel.«

»Also trotz eines im Wesentlichen negativen Umfelds eine positive Entwicklung?«

Dipl.-Ing. Rainer Wielsch:

»Ja, unsere Beteiligungsunternehmen behaupten sich in einem wirklich nicht einfachen Konjunkturszenario durchwegs sehr respektabel.

In einer im Sommer 2002 veröffentlichten Rangliste der Financial Times rangieren die börsennotierten ÖIAG-Beteiligungen übrigens in den Spitzenfeldern der jeweiligen Industrien.

Sehr eindrucksvoll zeigt sich das an der Wertentwicklung des ÖIAG-Portfolios: Unsere börsennotierten Beteiligungen haben ihren Wert von etwa EUR 3,2 Mrd zwischen 2000 und 2003 gehalten, während z.B. der DAX im selben Zeitraum um rund 70 % zurückgegangen ist. Insgesamt repräsentieren unsere Beteiligungen heute einen Wert von rund EUR 4,5 bis 4,8 Mrd.«

»Aktive und gezielt auf Wertsteigerung ausgerichtete Führung und Kontrolle unserer Beteiligungsunternehmen«

»Das Thema Value Management bildet – neben der Privatisierung – überhaupt einen wichtigen Aktionsbereich der ÖIAG?«

Dr. Peter Michaelis:

»Ja, denn es kann bei Privatisierungen nur dann wirkliche Erfolge geben, wenn das angebotene Unternehmen tatsächlich attraktiv ist. Deshalb sieht auch der Privatisierungsauftrag – der neue ebenso wie der alte – das Beteiligungsmanagement als zweiten zentralen Aufgabebereich der ÖIAG vor. Diesen Auftrag nehmen wir sehr ernst und verstehen ihn als Aufforderung zu einer aktiven und gezielt auf Wertsteigerung ausgerichteten Führung und Kontrolle unserer Beteiligungsunternehmen.

Seit 2001 stützen wir uns dabei auf das von Stern Stewart & Co. entwickelte Steuerungs- und Vergütungssystem EVA (Economic Value Added), das durch die kombinierte Berücksichtigung von Ergebnisentwicklung und Kapitalkomponente eine ideale Basis für die wertorientierte Unternehmensführung bildet. Wir beschränken uns dabei natürlich nicht auf die reine Zahlenvorgabe und -kontrolle – selbstverständlich setzen wir uns eingehend mit Strategien und Plänen unserer Beteiligungsunternehmen auseinander und sind im Rahmen unserer Funktion als Aufsichtsräte in den Genehmigungsprozess für Großprojekte regelmäßig entscheidend eingebunden.

Bei der ÖIAG ist das EVA-System mittlerweile durchgehend implementiert, und auch bei den Beteiligungsunternehmen gibt es durchwegs entsprechende Incentive-Komponenten – sei es direkt auf Basis des EVA oder auf Grund einer EVA-Begleitrechnung. 2003 werden wir das Programm noch weiter vertiefen, um die flächendeckende Implementierung sicherzustellen.«

Dipl.-Ing. Rainer Wielsch:

»Man kann über die verschiedenen Value Management-Systeme sicher diskutieren, in einem Punkt aber besteht ungeteilte Einigkeit zwischen Analysten und Betriebswirten: Nämlich, dass ein Unternehmen seine Kapitalkosten nachhaltig verdienen muss – und das ist im Wesentlichen das Konzept des Economic Value Added.

Insgesamt konnten wir im Jahr 2002 für das ÖIAG-Portfolio einen EVA-Zuwachs von rund EUR 200 Mio erzielen. Relativ gesehen ist das eine bemerkenswerte Verbesserung – absolut gesehen besteht bei einzelnen Beteiligungsunternehmen aber noch einiges an Potenzial.«

»Insgesamt konnten wir im Jahr 2002 für das ÖIAG-Portfolio einen EVA-Zuwachs von rund EUR 200 Mio erzielen.«

»Wie sieht es mit der Rückführung von Schulden aus?«

Dr. Peter Michaelis:

»In den vergangenen drei Jahren wurde der Schuldenberg der ÖIAG von rund EUR 6,3 Mrd auf etwa EUR 2,6 Mrd verringert. Damit fällt die ÖIAG heute dem Steuerzahler nicht mehr zur Last, denn sie kann mit den Dividenden aus ihren Beteiligungsunternehmen und mit Kapitalerträgen die Zinsen für ihre Schulden zahlen und ihren eigenen Betrieb finanzieren.

Wenn Sie unserer Nettoverschuldung in Höhe von EUR 2 Mrd den Gesamtwert unserer Beteiligungen von EUR 4,5 bis 4,8 Mrd gegenüberstellen, ergibt sich immerhin eine 2,8-fache Überdeckung.«

»Balance zwischen Erlösmaximierung und dem berechtigten Wunsch auf Wahrung österreichischer Interessen«

»Und wie verhält sich das zu der vom Finanzminister geforderten Dividendenausschüttung von EUR 300 Mio für diese Legislaturperiode?«

Dipl.-Ing. Rainer Wieltsch:

»Nach der bisherigen Rechtslage war es ja ausgeschlossen, vor der vollständigen Tilgung der ÖIAG-Schulden eine Dividende auszuschütten, weshalb die ÖIAG auch in der Vergangenheit keine Dividenden gezahlt hat. Mit dem neuen ÖIAG-Gesetz ist dies nun rechtlich möglich geworden, und die ÖIAG wird auf dieser Basis im Jahr 2003 aus dem Ergebnis 2002 eine Dividende von EUR 200 Mio abliefern. 2004 soll dann aus dem Ergebnis 2003 eine Dividende von EUR 100 Mio ausgeschüttet werden.«

»Die neue Bundesregierung hat Ende März einen neuen Privatisierungsauftrag beschlossen – wie geht die Entwicklung der ÖIAG damit jetzt weiter?«

Dr. Peter Michaelis:

»Von den beiden zentralen Säulen her – Wertsteigerung und Privatisierung unter den Kriterien Arbeitsplatzsicherung und Erlösmaximierung – hat sich das Konzept unserer Tätigkeit nicht wesentlich geändert. Neu ist aber natürlich die Liste der zu privatisierenden Unternehmen.«

Dipl.-Ing. Rainer Wieltsch:

»Es wird sicher eine schwierige Aufgabe bleiben, die richtige Balance zwischen Erlösmaximierung und dem berechtigten Wunsch auf Wahrung österreichischer Interessen – insbesondere jener des österreichischen Kapitalmarkts – zu finden. Man darf dabei auch nicht unberücksichtigt lassen, dass bei Privatisierungen die EU-Normen eingehalten werden – und unsere Exits somit im Rahmen offener Prozesse stattfinden – müssen.«

»Wer steht nun auf der Liste der "Privatisierungskandidaten"?«

Dr. Peter Michaelis:

»Der neue Privatisierungsauftrag der Regierung sieht für die aktuelle Legislaturperiode einen 100 %-Verkauf der Staatsanteile an BÖHLER-UDDEHOLM, VA TECH, voestalpine und der ÖIAG-Bergbauholding vor. Die Telekom Austria, an der wir 47,2 % halten, soll "bis zu 100 %" privatisiert werden, für die Post AG soll ein strategischer Partner gesucht und damit ein erster Privatisierungsschritt eingeleitet werden.«

Dipl.-Ing. Rainer Wieltsch:

»Austrian Airlines und OMV verbleiben damit bis auf weiteres in unserem Portfolio. Bei Austrian Airlines steht weiterhin die Sanierung im Vordergrund, hier kann sicher erst in ein paar Jahren geklärt werden, ob eine Abgabe vor dem Hintergrund der Position in der Star Alliance möglich und sinnvoll ist. Zudem müssen hier ja auch luftfahrtrechtliche Aspekte mit berücksichtigt werden. Die OMV werden wir gemeinsam mit IPIC noch weiter auf ihrem Erfolgskurs begleiten, es wäre derzeit sicher

nicht der geeignete Zeitpunkt für einen Verkauf. Gegen Ende der Legislaturperiode werden wir Bilanz ziehen, ob die OMV ihre Ziele aus eigener Kraft erreicht hat, und dann in Abstimmung mit IPIC über eine weitere Privatisierung nachdenken.«

»Wie sehen Ihre Privatisierungskonzepte hinsichtlich der einzelnen Unternehmen konkret aus?«

Dr. Peter Michaelis:

»Im Vordergrund steht zunächst die gezielte Evaluation, die wir zügig, aber mit aller gebotenen Sorgfalt durchführen werden. Grundsätzlich wird bei allen Privatisierungsschritten abgewogen, ob sich strategische Partner finden lassen oder ob Anteile via Börse verkauft werden sollen. Diese Empfehlungen werden dann in Abstimmung mit dem Eigentümer umgesetzt.

Die Post wurde 2002 komplett restrukturiert und damit auf ihre Privatisierung vorbereitet. Das gesamte Geschäft wurde in fünf Divisionen mit klarer Ergebnisverantwortung aufgeteilt, parallel dazu führte die Reduktion der Postämter zu einer spürbaren Kostensenkung. Gemeinsam mit der laufenden Qualitätsoffensive und dem Ausbau der regionalen Verteilzentren ist die Post damit trotz des etwa zehnjährigen Reformrückstands sicher auf einem guten Weg. Hier wollen wir möglichst rasch eine Aussage treffen, ob durch die Restrukturierung eine Stand-alone Lösung möglich ist oder ob das Unternehmen die Stärkung durch einen strategischen Partner benötigt.

Für die Telekom Austria, die ihre operative Leistungsfähigkeit in den letzten Jahren deutlich verbessert hat, gibt es Signale für das Interesse strategischer Investoren. Gleichzeitig prüfen wir im Sinne eines Dual Track-Verfahrens auch die Option der Abgabe unserer Anteile über die Börse – gerade bei diesem Unternehmen ein besonders sensibler Punkt, auf den wir z.B. durch unser Liquiditätsabkommen mit Telecom Italia speziell Rücksicht genommen haben. Durch den von uns verhandelten Rückkauf der mobilkom austria, der den Ausstieg der Telecom Italia insgesamt eingeleitet hat, hat die Telekom Austria jedenfalls wesentlich größere Flexibilität in der Gestaltung ihrer künftigen Entwicklung gewonnen.

Die VA TECH hat Ende vergangenen Jahres eine komplett neue Unternehmensstruktur erhalten und ist damit in ihren Kerngeschäftsbereichen – Metallurgietechnik, Hydraulische Energieerzeugung sowie Energieübertragung und -verteilung – wesentlich besser aufgestellt. Sie wird sich zunächst auf die Implementierung dieser Restrukturierung konzentrieren. Zu lösen sein wird hier vor allem die Frage der Wassertechnik, damit die VA TECH ihre gute Marktposition in den anderen Bereichen in entsprechende Ergebnisse umsetzen kann. Hier werden wir sicher Gespräche mit allfälligen Interessenten führen.

»Wir können uns für die Evaluierung der nach unseren Vorgaben sinnvollsten Abgabeszenarien die nötige Zeit nehmen und müssen nicht in dem zur Zeit schwierigen Markt "um jeden Preis" verkaufen.«

Ähnliches gilt auch für die BÖHLER-UDDEHOLM. Hier besteht der österreichische Kernaktionär tatsächlich schon konkret, sodass wir uns eine geordnete Exit-Strategie auch relativ kurzfristig vorstellen könnten.

Ein besonders gutes Beispiel für die erfolgreiche Implementierung unserer Wertsteigerungsstrategie ist die Österreichische Postbus AG. Sie ist schon 2002 knapp an ein ausgeglichenes Ergebnis herangekommen, 2003 sollte sie das aller Voraussicht endgültig erreichen. Hier wurde ja bereits im September 2002 ein Verkaufsvertrag mit den ÖBB abgeschlossen, dessen Wirksamkeit noch von der wettbewerbsrechtlichen Genehmigung abhängt. Nach Übergang an die ÖBB sieht der Privatisierungsauftrag eine Teilprivatisierung des Unternehmens vor.«

Dipl.-Ing. Rainer Wieltsch:

»Bei der voestalpine ist ein tatkräftiges Management mit einer akzeptierten Strategie der Wertsteigerung gut unterwegs. Die Umsetzung dieser Strategie bedingt auch Akquisitionen und deren

Integration in die Gruppe. Der im Privatisierungsauftrag angesprochene österreichische Kernaktionär ist bei diesem Unternehmen übrigens in Ansätzen bereits vorhanden.

Für die ÖBAG soll nach dem Auslaufen des Kohlebergbaus Graz-Köflach ein Privatisierungsprojekt aufgesetzt werden. Die bergbaulichen Aktivitäten werden zu diesem Zweck rund um den Erzberg gebündelt, die Privatisierung kann hier entweder gesamthaft oder in Teilen erfolgen. Wir sind optimistisch, dieses Projekt bis 2005 über die Bühne bringen zu können.«

»Wird es schon 2003 eine Privatisierung geben?«

Dr. Peter Michaelis:

»Wir müssen jedenfalls keine Unternehmensanteile verkaufen, um unsere Zinsen – jährlich rund EUR 120 Mio – zahlen zu können. Wir können uns daher für die Evaluierung der nach unseren Vorgaben sinnvollsten Abgabeszenarien die nötige Zeit nehmen und müssen nicht in dem zur Zeit schwierigen Markt "um jeden Preis" verkaufen.

Eine konkrete Aussage, ob heuer noch ein Exit stattfinden kann, lässt sich heute noch nicht treffen – aber Sie können sicher sein, dass wir zügig an der Umsetzung des Regierungsauftrags arbeiten werden. Und wenn sich eine lohnende Chance bietet, werden wir sie jedenfalls nutzen.«

»Bevorzugen Sie insgesamt eine Privatisierung über die Börse oder die Abgabe an strategische Investoren?«

Dipl.-Ing. Rainer Wieltch:

»Letztlich ist die Frage der Abgabe auch immer eine Frage der konkreten Alternativen beim jeweiligen Projekt. Wir werden diese Frage daher auch bei jedem einzelnen Privatisierungsvorhaben individuell prüfen. Vor allem werden wir die Erlösvorteile, die sich allenfalls aus der Abgabe an einen strategischen Investor ergeben, an der Vorgabe der Wahrung der österreichischen Interessen messen und dann in enger Abstimmung mit dem Eigentümer entscheiden.

Im Vordergrund der Abwägung steht sicher immer der Vorteil für das Unternehmen – v.a. die Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen – und der maximale Erlös für den Steuerzahler.«

»Nun noch zum Abschluss: Wie sehen Sie die Rolle der ÖIAG im Verhältnis zu der von der Regierung geplanten Beteiligungsmanagement-Gesellschaft?«

Dr. Peter Michaelis:

»Wir konzentrieren uns im Moment darauf, unseren Privatisierungsauftrag möglichst zügig und nach bestem Wissen und Gewissen abzuarbeiten. Dabei vernachlässigen wir aber auch unsere Aufgaben im Bereich des Beteiligungsmanagements bzw. der Wertsteigerung nicht.

Dem Privatisierungsauftrag ist zu entnehmen, dass die ins Auge gefasste Beteiligungsmanagement-Gesellschaft für die verbleibenden ÖIAG-Beteiligungen – Austrian Airlines, OMV sowie allfällige Restanteile an Telekom Austria und Post AG – und zusätzlich für ÖBB und ASFINAG verantwortlich zeichnen wird. Wir denken, dass es sinnvoll wäre, das in der ÖIAG angesammelte Know-how für die Zwecke dieser neuen Gesellschaft zu nutzen – nicht zuletzt deshalb, da ja auch weitere Privatisierungen nicht ausgeschlossen sind.

Für den Moment konzentrieren wir uns aber ganz klar auf die Erfüllung unseres aktuellen Privatisierungsauftrags – die Wertsteigerung der Portfoliounternehmen und die Privatisierung unter dem Aspekt der Bestandssicherung und der Sicherung von österreichischen Arbeitsplätzen.«

»Danke für das Gespräch.«

Organe

Aufsichtsrat

Dipl.-Bwt. Alfred H. HEINZEL

Vorsitzender

Geschäftsführer der Heinzel, Bunzl Beteiligungs- und Liegenschaftsverwaltungs (Holding) GmbH

Prof. Dipl.-Ing. Jürgen HUBBERT

Erster stellvertretender Vorsitzender

Mitglied des Vorstands der Daimler Chrysler AG, Geschäftsfeld Mercedes-Benz PKW und Smart

Prof. DDr. Hellwig TORGGLER

Zweiter stellvertretender Vorsitzender

Rechtsanwalt
Schönherr Rechtsanwälte

Dr. Paul ACHLEITNER

Mitglied des Vorstands der Allianz AG

Dr. Karl BÜCHE

Vorsitzender des Vorstands der
BBAG Österreichische Brau-Beteiligungs-AG
(seit 28. Juni 2002¹)

Dr. Astrid GILHOFER

Mitglied des Vorstands der P Beteiligungs AG
(seit 28. Juni 2002¹)

¹ Im Rahmen der regelmäßigen „Selbsterneuerung“ des ÖIAG-Aufsichtsrats (s.u.) schieden im Berichtszeitraum Dr. Cornelius Grupp und Franz Rauch aus dem Aufsichtsrat aus. Nachbesetzt wurden diese beiden Mandate mit Dr. Karl Büche und KR Ing. Siegfried Wolf. Auf eigenen Wunsch schied im Berichtszeitraum weiters Dr. Paul Tanos aus dem Aufsichtsrat der ÖIAG aus. Ihm folgte Dr. Astrid Gilhofer nach.

Aus dem ÖIAG-Gesetz 2000 (§ 4)

(1) Zehn Mitglieder des Aufsichtsrats sollen für ihre Leistungen allgemein anerkannte Unternehmer aus der Wirtschaft, Geschäftsführungsmitglieder von Gesellschaften des Handelsrechts oder Persönlichkeiten mit langjähriger Erfahrung im Wirtschaftsleben sein. Die Bestellung und Abberufung erfolgt im Wege der Beschlussfassung durch den Kreis dieser Aufsichtsratsmitglieder.

Dr. Cornelius GRUPP

Vorsitzender des Aufsichtsrats der
CAG Holding GmbH
(bis 28. Juni 2002¹)

Franz RAUCH

Geschäftsführer der
RAUCH Fruchtsäfte GmbH
(bis 28. Juni 2002¹)

Veit SCHALLE

Vorsitzender des Vorstands der REWE Austria AG

Dr. Veit SORGER

Vorsitzender des Vorstands der Frantschach AG

Dr. Paul TANOS

Geschäftsführender Gesellschafter der
P. TANOS Immo- und Consulting GmbH
(bis 28. Juni 2002¹)

Dr. Erich WIESNER

Geschäftsführer der
Wiesner-Hager Baugruppe GmbH

KR Ing. Siegfried WOLF

President & CEO der Magna Steyr AG & Co KG
(seit 28. Juni 2002¹)

(3) Die Bestellung jedes Aufsichtsratsmitglieds im Sinne des § 4 Abs. 1 erfolgt bis zum Ablauf jener Hauptversammlung, die über die Entlastung für das siebente volle Geschäftsjahr nach der Wahl beschließt, wobei das Jahr der Wahl nicht eingerechnet wird. Soweit kein vorzeitiges Ausscheiden stattfindet, scheiden jedes zweite Jahr jeweils zwei Aufsichtsratsmitglieder bzw. im sechsten und im achten Jahr jeweils drei Aufsichtsratsmitglieder aus. Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens eines Mitglieds ist eine Ersatzwahl für die restliche Funktionsperiode unverzüglich vorzunehmen.

Personalvertreter im Aufsichtsrat

Ing. Leopold ABRAHAM
Vorsitzender des Zentralbetriebsrats der OMV AG

Anton BENEDER
Vorsitzender der Konzernvertretung der
VA TECH ELIN EBG GmbH
(seit 6. Juni 2002)

Gerhard FRITZ
Vorsitzender des Zentralausschusses der
Österreichische Post AG

Erich HUHNDORF
Vorsitzender des Zentralausschusses der
Telekom Austria AG

Josef LETTMAIER
Vorsitzender des Angestelltenbetriebsrats der
Elin EBG Elektrotechnik GmbH
(bis 15. März 2002)

Helmut OBERCHRISTL
Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrats der
voestalpine Stahl Linz GmbH

Vorstand

Dr. Peter MICHAELIS

Dipl.-Ing. Rainer WIELTSCH
(seit 1. Mai 2002)

die

Beteili

ungen

Das Portfolio im Überblick

	Austrian Airlines AG¹	BÖHLER-UDDEHOLM AG¹	OMV AG¹	Telekom Austria AG¹
Tätigkeitsbereich	Österreichischer National Carrier, Linien-, Charter-, Frachtgeschäft	Weltweit führendes Edelstahlunternehmen	Führender Erdöl- und Erdgaskonzern Zentral- und Osteuropas	Größter Telekommunikationsanbieter Österreichs
ÖIAG-Anteil (%)	39,7	25,0	35,0	47,2
Kurs per Ultimo 2002 (EUR)	6,90	44,13	93,58	9,65
Umsatz 2002 ² (EUR Mio)	2.204,4	1.441,2	7.079,4	3.908,2
EBIT 2002 ² (EUR Mio)	41,4	111,9	494,8	323,5
Ergebnis vor Steuern 2002 ² (EUR Mio)	4,2	82,1	473,9	43,8
Dividende pro Aktie 2002 ² (EUR)	–	2,3	3,5	–
Dividende 2002 ² (EUR Mio)	–	24,1	94,0	–
Mitarbeiter 2002 ² (Durchschnitt)	7.358	9.296	5.748	15.714
¹ Börsennotiert				
² voestalpine AG: Geschäftsjahr 2002/2003 (1. April 2002 – 31. März 2003)				
³ EGT				
⁴ Angabe bei nicht börsennotierten Gesellschaften nicht sinnvoll				
⁵ Anzahl per 31. Dezember 2002				

voestalpine AG ¹	VA Technologie AG ¹	ÖIAG-Bergbau- holding AG	Österreichische Post AG	Österreichische Postbus AG
Produktion und Veredelung von Stahl, Engineering und Verarbeitung	Globales Technologie- und Serviceunternehmen	Branchenholding für die Bergbauaktivitäten der ÖIAG	Österreichs führender Dienstleister in der Postbeförderung	Größtes österreichisches Busunternehmen
34,7	24,0	100,0	100,0	100,0
23,15	15,50	–	–	–
4.391,9	3.872	65,8	1.571,7	199,3
223,0	83,3	3,6	–7,6	–4,8
122,0	–90,7	8,1	–1,9	–5,0 ³
1,2	–	⁴	⁴	⁴
47,4	–	3,2	36,3	–
21.738	17.725 ⁵	419	29.558	2.807

AUSTRIAN AIRLINES 

BÖHLER  UDDEHOLM


OMV

 TELE
KOM
AUS
TRIA

voestalpine
AKTIENGESELLSCHAFT

VATECH

 ÖBAG

 **Post.at**

 **Post.Bus**

Austrian Airlines AG

Kennzahlen Austrian Airlines	2001	2002	
Umsatz (EUR Mio)	2.095,6	2.204,4	↗
EBITDA (EUR Mio)	135,8	384,6	↗
EBIT (EUR Mio)	-88,9	41,4	↗
Ergebnis vor Steuern (EUR Mio)	-164,1	4,2	↗
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (EUR Mio)	-166,0	42,8	↗
Dividende (EUR Mio)	-	-	-
Dividende pro Aktie (EUR)	-	-	-
Investitionen in Sachanlagen (EUR Mio)	400,4	248,7	↘
Bilanzsumme (EUR Mio)	4.157,7	3.829,4	↘
Eigenkapital (EUR Mio)	529,1	557,0	↗
Nettoverschuldung ¹ (EUR Mio)	1.787,9	1.617,5	↘
Gearing (%)	337,9	290,4	↘
ROCE (%)	-3,5	3,1	↗
Mitarbeiterstand auf Vollzeitbasis	7.954	7.358	↘

¹ Die Nettoverschuldung entspricht dem in der Kennzahl Gearing (Nettoverschuldung i.V. zum Eigenkapital) verwendeten Zähler (somit langfristige verzinsliche und langfristige sonstige Verbindlichkeiten abzgl. liquide Mittel, diese wiederum definiert als liquide Mittel i.e.S. plus Wertpapiere des Umlauf- sowie des Anlagevermögens)

Das Unternehmen

Austrian Airlines,
Lauda Air,
Tyrolean Airways

Mit den drei Fluggesellschaften Austrian Airlines, Lauda Air und Tyrolean Airways vereint die Austrian Airlines Group praktisch den gesamten österreichischen Flugmarkt in einer dynamischen, qualitätsorientierten Gruppe. Im Einklang mit den Anforderungen ihrer Kunden deckt die Gruppe sämtliche Leistungssegmente der Luftfahrtindustrie – vom Linien- und Charterverkehr bis hin zum Frachtverkehr – ab.

Marktführer
mit exzellenter
Qualität

Als klarer Marktführer in ihrem Heimmarkt Österreich ist die Austrian Airlines Group bekannt für ihre hervorragende Produktqualität, freundlichen Service und erstklassigen Komfort. Ihr hohes Qualitätsniveau wird von Kunden aus aller Welt überaus geschätzt und durch zahlreiche internationale Auszeichnungen eindrucksvoll bestätigt.



ÖIAG-Anteil
39,7 %

Seit März 2000 ist die Austrian Airlines Group Mitglied der Star Alliance, der weltweit größten und erfolgreichsten globalen Fluglinien-Allianz. Gemeinsam mit ihren Partnern in dieser Allianz bietet sie ihren Kunden Verbindungen zu rund 630 Städten in rund 125 Ländern.

Mitglied in der
Star Alliance

Als an der Wiener Börse notierte Gesellschaft mit einer Betriebsleistung von rund EUR 2,4 Mrd und etwa 7.300 MitarbeiterInnen ist die Austrian Airlines Group ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Österreich.

Highlights 2002

- Strategische Neuausrichtung zeigt Wirkung
- Turnaround erfolgreich eingeleitet
- Offensiver Marktauftritt bringt Marktanteilsgewinne
- Produktion und Beförderungsleistung steigen gegenüber 2001
- Investitionsstopp und Sparkurs bringen Aufwandsreduktion
- EBIT deutlich verbessert: EUR 41,4 Mio nach EUR -88,9 Mio
- Positives Ergebnis vor Steuern: EUR 4,2 Mio nach EUR -164,1 Mio
- Net Gearing von 337,9 % auf 290,4 % reduziert

Strategie

Absolute Wertorientierung

Auf Grundlage ihrer neuen Konzernstrategie, deren zentrale Forderung in der absoluten Wertorientierung aller Tätigkeiten besteht, nutzt die Austrian Airlines Group nach Bereinigung ihrer strukturellen Defizite ihre Marktchancen aktiv und konsequent.

Konzentration auf Nischen

Sie konzentriert sich dabei auf zwei Marktnischen: Den West-Ost/Ost-West-Transfer, in dem sie bereits heute eine führende Position einnimmt, sowie einen Ausbau der profitablen Flüge von bzw. nach Österreich. Unterstützt wird dies von der Einbettung in die Star Alliance, der effizienten Drehscheibe Wien und einer klaren Kompetenzaufteilung in Form eines Production Company Concept.

Weitere positive Aspekte der Positionierung der Gruppe bestehen in ihrer exzellenten Produkt- und Servicequalität, ihrer jungen Flotte, einem attraktiven Streckennetz mit Fokus auf den Regionen Europa und Asien sowie ihrem 66 %-Marktanteil auf der hoch effizienten Drehscheibe Flughafen Wien.

Gegenüber ihren Aktionären fühlt sich die Gruppe zu nachhaltigem Unternehmenserfolg verpflichtet. Als maßgebliche Messgrößen für die konsequente Wertorientierung der Austrian Airlines Group wurden die jährliche Verbesserung des Cash Value Added (CVA) und der Return on Total Gross Assets (ROTGA) definiert.

Geschäftsentwicklung 2002

Etwas mehr als ein Jahr nach ihrer Implementierung erweist sich die neue Strategie als erfolgreich, die ehrgeizigen Ziele der Austrian Airlines Group wurden z.T. bereits übertroffen. Dank ihrer starken Positionierung trotzte die Gruppe der Nachfrageschwäche des Jahres 2002 und konnte ihre Ergebnisse gegenüber dem Vorjahr massiv verbessern.

Der Austrian Airlines Group ist es damit gelungen, die allgemeine Krise der internationalen Airline-Industrie für einen erfolgreichen Turnaround zu nutzen. Meilensteine dieses Wandlungsprozesses waren die Implementierung der neuen Unternehmensstrategie, die Verankerung eines "New Spirit" – verstanden als Kulturwandel in Richtung Eigeninitiative und -verantwortung für die gesamte Gruppe – sowie die Sanierung der Finanzen.

So stiegen die Flugumsätze 2002 um 7,6 % auf EUR 2.055,2 Mio, das EBIT hat sich gegenüber 2001 um EUR 130,3 Mio auf EUR 41,4 Mio erhöht, und die Einheitskosten sanken um ca. 2,9 %. Das Eigenkapital zeigte 2002 einen Zuwachs auf EUR 557,0 Mio, während sich das Net Gearing von 337,9 % auf 290,4 % verbesserte.

Auch die relative Kursentwicklung der Austrian Airlines Aktie – sie outperformte den für ihre Peer Group relevanten MSCI Europe Airlines-Index im Jahr 2002 klar – spiegelte diese positive Tendenz wider.

Ausblick 2003

Die Umfeldbedingungen im Geschäftsjahr 2003 – geprägt durch die weltweite konjunkturelle Unsicherheit, den Irak-Konflikt sowie SARS (Schweres Akutes Respiratorisches Syndrom) – stellen eine Herausforderung für die gesamte Airline-Branche dar und bewirkten insgesamt einen Nachfragerückgang. Nach der erfolgreichen Einleitung des Turnaround im Geschäftsjahr 2002 peilt die Austrian Airlines Group daher für 2003 weitere umfangreiche Kostensenkungs- und Ertragssteigerungsprogramme an. Nach wie vor konzentriert sich die Gruppe dabei auf ihre beiden Marktnischen: Flüge von und nach Österreich sowie den West-Ost/Ost-West-Transfer.

Erfolgreicher Turnaround

Markante EBIT-Verbesserung

Weitere Ertragssteigerungs- und Kostensenkungsprogramme

BÖHLER-UDDEHOLM AG

Kennzahlen BÖHLER-UDDEHOLM	2001	2002	
Umsatz (EUR Mio)	1.509,4	1.441,2	▼
EBITDA (EUR Mio)	203,3	198,8	▼
EBIT (EUR Mio)	132,1	111,9	▼
Ergebnis vor Steuern (EUR Mio)	106,9	82,1	▼
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (EUR Mio)	69,6	50,5	▼
Dividende (EUR Mio)	29,2	24,1	▼
Dividende pro Aktie (EUR)	2,7	2,3	▼
Investitionen in Sachanlagen (EUR Mio)	139,0	95,1	▼
Bilanzsumme (EUR Mio)	1.600,4	1.508,0	▼
Eigenkapital (EUR Mio)	640,9	609,0	▼
Nettoverschuldung (EUR Mio)	359,6	349,9	▼
Gearing (%)	55,5	55,3	▼
ROCE (%)	7,8	6,3	▼
Mitarbeiterstand auf Vollzeitbasis	9.298	9.296	▼



ÖIAG-Anteil
25,0 %

zulieferindustrie, Werkzeug- und Werkzeugmaschinenhersteller, Flugzeughersteller, Konsumgüter- und Elektronikindustrie, Holz- und Sägeindustrie, Textil- und Papierindustrie, Stahl- und Apparatebau sowie der Kraftwerks- und Anlagenbau. Hauptabsatzmärkte von BÖHLER-UDDEHOLM sind Europa, Amerika und Asien, der größte Einzelmarkt ist Deutschland.

Das Unternehmen

Weltweit
führendes
Edelstahl-
unternehmen

BÖHLER-UDDEHOLM ist ein weltweit führendes Edelstahl-Unternehmen und fokussiert ihr Geschäft auf die vier Divisionen High Performance Metals, Precision Strip, Welding Consumables und Special Forgings. Die Produktionsgesellschaften befinden sich in Österreich, Schweden, Deutschland, Belgien, USA, Brasilien und Mexiko.

Starke
Marktposition

BÖHLER-UDDEHOLM ist globaler Marktführer bei Werkzeugstahl, Bimetallband, Stanzmesserstahl, Rill- und Schneidlinien sowie Turbinenschaufeln für Gas- und Dampfturbinen. Bei Schnellarbeitsstahl ist das Unternehmen weltweit die Nummer zwei.

BÖHLER-UDDEHOLM vertreibt ihre Produkte und Serviceleistungen an rund 100.000 Kunden in rund 100 Ländern auf allen Kontinenten und ist in rund der Hälfte dieser Märkte auch mit eigenen Vertriebsgesellschaften präsent. Wichtigste Abnehmer sind die Automobil- und Automobil-

Umsatzstärkstes Produkt von BÖHLER-UDDEHOLM ist Werkzeugstahl. Damit ist das Unternehmen ein klassischer Nischenanbieter: Der weltweite Verbrauch von Werkzeugstahl entspricht etwa 0,1 % des gesamten globalen Stahlverbrauchs von jährlich rund 800 Mio t. Werkzeugstahl ist kein Massenprodukt; entscheidend sind Qualitätsmerkmale wie hohe Standfestigkeit und Härte, gute Zähigkeit und Druckfestigkeit, hoher Verschleißwiderstand, gute Polierbarkeit und hohe Korrosionsbeständigkeit.

Werkzeugstahl
umsatzstärkstes
Produkt

Strategie

BÖHLER-UDDEHOLM verfolgt eine klare Wachstumsstrategie. Neben organischem Wachstum durch interne Maßnahmen, etwa Investitionen in die Produktion oder die Stärkung des Vertriebsapparats, strebt der Konzern auch eine externe Expansion durch Akquisitionen oder Beteiligungen an. BÖHLER-UDDEHOLM plant hier sowohl vertikale Erweiterungen entlang der Wertschöpfungskette (Downstream) als auch horizontale Aktivitäten zum Ausbau von Marktanteilen. All

Klare Wachstums-
strategie

diese Maßnahmen zielen auf eine möglichst weitgehende Abkopplung vom klassischen Stahlzyklus ab, um auch in Phasen der konjunkturellen Schwäche die gute Marktposition auszubauen und die Ertragskraft zu stärken.

Neue
Beteiligungen

Im Geschäftsjahr 2002 hat BÖHLER-UDDEHOLM in diesem Sinn Beteiligungen an asiatischen Stahlhändlern, einen 50 %-Anteil am dänischen Umformspezialisten Dan Spray A/S erworben sowie ein Joint Venture mit dem italienischen Schweißtechnikunternehmen Fileur S.A. gegründet. Diese gezielte Downstream-Strategie soll auch in den kommenden Jahren kontinuierlich fortgeführt werden. Wesentliches Augenmerk gilt dabei der Erhöhung der Härtereikapazität für hochlegierte Stähle primär im asiatischen Markt.

Highlights 2002

- Umsatz und Ergebnis durch schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen unter Niveau des Rekordjahres 2001
- EBIT liegt mit EUR 111,9 Mio leicht über angekündigter Bandbreite
- Profitabilität gegenüber Wettbewerb gut gehalten
- Vorräte beträchtlich reduziert
- Free Cash Flow deutlich erhöht und Gearing verbessert
- Attraktive Gesamtdividende trotz Reduktion der Bonusdividende

Geschäftsentwicklung 2002

Profitabilität
auf hohem
Niveau gehalten

In einem der wirtschaftlich schwierigsten Jahre der jüngeren Vergangenheit verzeichnete der BÖHLER-UDDEHOLM Konzern zwar einen Rückgang bei Umsatz und Ergebnis, konnte jedoch seine Profitabilität auf hohem Niveau halten.

Der Gesamtumsatz ging durch das gedämpfte konjunkturelle Umfeld im Geschäftsjahr 2002 von zuvor EUR 1.509,4 Mio um 5 % auf EUR 1.441,2 Mio zurück. Der Betriebserfolg vor Abschreibungen (EBITDA) verringerte sich von EUR 203,3 Mio um nur 2 % auf EUR 198,8 Mio. Dadurch konnte die EBITDA-Marge gegenüber

dem Vergleichsjahr von 13,5 % auf 13,8 % verbessert werden. Der Betriebserfolg (EBIT) schwächte sich von EUR 132,1 Mio um 15 % auf EUR 111,9 Mio ab. Die EBIT-Marge lag im Berichtsjahr damit bei 7,8 % im Vergleich zu den 8,8 % des Rekordjahres 2001.

EBIT-Marge
von 7,8 %

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) erreichte 2002 EUR 82,1 Mio und blieb damit um 23 % unter dem Vergleichswert des Vorjahres von EUR 106,9 Mio. Der Jahresüberschuss nach Minderheiten reduzierte sich von EUR 69,6 Mio um 27 % auf EUR 50,5 Mio.

Damit erreichte der Gewinn pro Aktie für das Geschäftsjahr 2002 einen Wert von EUR 4,7 gegenüber EUR 6,3 im Vorjahr. Die Gesamtdividende von EUR 2,30 pro Aktie – sie umfasst eine unveränderte Basisdividende von EUR 2,00 pro Aktie und eine auf EUR 0,30 reduzierte Bonusdividende – entspricht einer Ausschüttungsquote von 47,8 % und einer attraktiven Dividendenrendite von 5,2 % (gemessen am Kurs zum Ultimo 2002).

Ausblick 2003

Bei einer zumindest im 1. Halbjahr 2003 anhaltend schwierigen Konjunktursituation rechnet BÖHLER-UDDEHOLM erst gegen Ende des Jahres mit einer leichten Entspannung in den für sie relevanten Absatzmärkten. Sie wird allerdings das Gesamtergebnis 2003 nur mehr geringfügig positiv beeinflussen können. Mit einem substanziellen Aufschwung rechnet das Management erst für das Geschäftsjahr 2004.

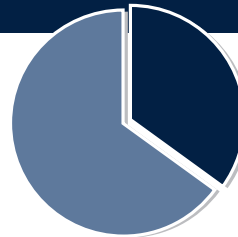
Anhaltend
schwierige
Konjunktur-
situation

Um dem insgesamt gedämpften Konjunkturfeld gegenzusteuern, wird BÖHLER-UDDEHOLM im Jahr 2003 jene Maßnahmen kontinuierlich fortsetzen, die schon im Vorjahr wichtige Aktivitätsschwerpunkte bildeten: Kostenreduktion, Produktivitätssteigerung, weitere Zurücknahme des Investitionsvolumens, Flexibilität im Personalbereich, Kapazitätsanpassungen sowie verstärkte Anstrengungen zur Penetration der Märkte.

Kostenreduktion,
Produktivitäts-
steigerung

OMV AG

Kennzahlen OMV	2001	2002	
Umsatz (EUR Mio)	7.736,4	7.079,4	↘
EBITDA (EUR Mio)	943,5	834,1	↘
EBIT (EUR Mio)	609,7	494,8	↘
Ergebnis vor Steuern (EUR Mio)	569,7	473,9	↘
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (EUR Mio)	381,7	322,2	↘
Dividende (EUR Mio)	115,7	94,0	↘
Dividende pro Aktie (EUR)	4,3	3,5	↘
Investitionen in Sachanlagen (EUR Mio)	391,8	589,4	↗
Bilanzsumme (EUR Mio)	5.771,5	6.148,8	↗
Eigenkapital (EUR Mio)	2.248,4	2.411,2	↗
Nettoverschuldung (EUR Mio)	385,9	477,6	↗
Gearing (%)	17	20	↗
ROCE (%)	14	11	↘
Mitarbeiterstand auf Vollzeitbasis	5.705	5.748	↗



ÖIAG-Anteil
35,0 %

eine Rentabilität des durchschnittlich eingesetzten Kapitals (ROACE) von 13 % zu erreichen. Die geografische Lage, das sehr gute Verständnis für die zentral- und osteuropäischen Märkte sowie motivierte MitarbeiterInnen sind Wettbewerbsvorteile, die für ein profitables Wachstum genutzt und durch konzernweite Effizienzsteigerung und Kostensteuerungssysteme unterstützt werden.

Größenmäßige
Verdopplung
bis 2008

Das Unternehmen

Führender
Erdöl- und
Erdgaskonzern in
Zentral- und Ost-
europa

Der OMV Konzern ist einer der führenden Erdöl- und Erdgaskonzerne in Zentral- und Osteuropa. Seine Geschäftsaktivitäten umfassen weltweite Explorations- und Produktionstätigkeiten, ein sehr effizientes Öl- und Erdgasversorgungssystem sowie ein umfassendes Tankstellennetz in Zentral- und Osteuropa. Weiters wird der weltweite Markt mit dem Kunstharz Melamin und Geotextilien sowie der zentral- und osteuropäische Raum mit Pflanzennährstoffen versorgt. Zusätzlich zu dem 25 %-Anteil am zweitgrößten europäischen Polyolefinproduzenten Borealis A/S hält OMV rund 10 % am ungarischen Mineralöl- und Gaskonzern MOL sowie 25,1 % am größten privaten Ölunternehmen in Rumänien, The Rompetrol Group NV.

Strategie

Oberstes strategisches Ziel des OMV Konzerns ist es, eine größenmäßige Verdopplung bis 2008 sowie

Konkret soll im Geschäftsfeld Marketing der Marktanteil im Donauraum auf 20 % verdoppelt werden, die Raffineriekapazitäten werden im Einklang mit diesem Wachstumsziel dimensioniert (R&M). Im Geschäftsbereich Exploration und Produktion (E&P) wird die Öl- und Erdgasproduktion auf 160.000 Barrel Öläquivalent/Tag ebenfalls verdoppelt. Im Geschäftsbereich Erdgas expandieren die Marketing- und Tradingaktivitäten in Österreich und den Nachbarstaaten, der Gasknoten Baumgarten wird entsprechend ausgebaut. Im vierten Geschäftsbereich Chemie soll der Melaminabsatz verdoppelt werden.

Ausbau in allen
vier Geschäfts-
bereichen

Highlights 2002

- Eines der erfolgreichsten Jahre in der Geschichte des Unternehmens
- E&P: Stärkung und Erweiterung des Portfolios, Ausweitung der Produktion auf 100.000 Barrel Öläquivalent/Tag
- R&M: Wachstum und gezielte Akquisitionen im Geschäftsfeld Marketing
- Erdgas: Vollständige Marktliberalisierung in Österreich

- Chemie: Baubeginn für die Melaminanlage in Deutschland
- Zukunftsweisende Wachstumsschritte durch neue Beteiligungen in E&P und R&M

Geschäftsentwicklung 2002

Herausfordernde Marktbedingungen

Für die Mineralölbranche bestehen einige besonders wichtige Marktfaktoren, wie z.B. Rohölpreis, Dollarkurs oder Raffineriemarge, die den Ergebnisverlauf signifikant beeinflussen. Verglichen mit früheren Jahren zeigten einige dieser Faktoren 2002 eine deutliche Abschwächung. Ungünstige Währungseffekte bedingt durch den schwachen US-Dollar sowie die schlechtesten Raffineriemargen seit mehr als zehn Jahren bescherten der OMV herausfordernde Marktbedingungen, die deutliche Ergebnisrückgänge unvermeidbar machten. Das EBIT für 2002 sank vor diesem Hintergrund um 19 % auf EUR 495 Mio, was sich auch in einem Rückgang des Return on fixed assets auf 16 % widerspiegelte. Der Jahresüberschuss verringerte sich um 16 % auf EUR 322 Mio. Die Verzinsung des durchschnittlich eingesetzten Kapitals nahm ebenfalls von 14 % auf 11 % ab. Trotzdem konnte das Unternehmen den dritthöchsten Gewinn in seiner Unternehmensgeschichte erzielen.

Trotz Rückgang dritthöchster Gewinn der Unternehmensgeschichte

Die Ergebnisse der Geschäftsbereiche Raffinerien und Marketing (R&M), Exploration und Produktion (E&P) sowie Chemie zeigten 2002 gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang, wohingegen der Geschäftsbereich Erdgas im Berichtszeitraum eine EBIT-Verbesserung aufwies. In E&P konnte die durchschnittliche jährliche Produktion plangemäß um 7 % erhöht werden, neue Explorationslizenzen in Bulgarien und Pakistan sollen für künftiges Wachstum sorgen. In R&M zeigten die Raffineriemargen 2002 ein sehr niedriges Niveau, das sich erst im 4. Quartal verbesserte. Während des Jahres wurden vier Tankstellennetze in der Slowakei, in der Tschechischen Republik und in Deutschland erworben. Im Bereich Erdgas wurden die notwendigen Schritte zur vollständigen Liberalisierung umgesetzt, Anfang 2003 begann die EconGas GmbH als bedeutendster österreichischer Erdgaslieferant ihr operatives Geschäft. Im Geschäftsbereich Chemie waren deutliche

Zuwachs im Bereich E&P

Absatzsteigerungen möglich, die Preise lagen jedoch weit unter Vorjahresniveau.

Ausblick 2003

Auch in einem schwierigen Umfeld gelang es dem OMV Konzern im Jahr 2002, seine Möglichkeiten zu optimieren und sich so gut zu positionieren, dass den wirtschaftlichen Unsicherheiten des Jahres 2003 begegnet werden kann. Die ersten Schritte zur Erreichung des strategischen Ziels der Verdopplung des OMV Konzerns bis 2008 werden im Jahr 2003 sichtbar. So sollte sich die per Anfang 2003 getätigte Akquisition des internationalen E&P-Geschäfts der Preussag Energie GmbH von TUI AG mit einer zusätzlichen Produktionsmenge positiv auswirken. Anfang Februar wurden von der Deutsche BP AG 313 Tankstellen in Deutschland, Ungarn und der Slowakei, ein 45 %-Anteil am BAYERN-OIL-Raffinerieverbund sowie 18 % an der TAL-Erdölleitung erworben, um die Marktführerschaft in Zentral- und Osteuropa zu stärken. Auch die Ausweitung des R&M-Geschäfts wird sich 2003 fortsetzen. Im Geschäftsbereich Erdgas hingegen muss 2003 durch die Deregulierung des österreichischen Gastransportmarkts mit weiteren EBIT-Einbußen gerechnet werden. Trotz schwieriger Umfeldbedingungen, vor allem einem hohen Gaspreis, ist im Bereich Chemie ein ähnliches Ergebnis zu erwarten wie im Vorjahr.

Mehrere erfolgreiche Akquisitionen

Einbußen im liberalisierten Gasmarkt

Die Einschätzung für die wichtigsten Parameter wie Erdöl- und Gaspreise, Raffineriemargen oder Wechselkurse ist 2003 durch besonders hohe Volatilitäten geprägt. Insgesamt wird mit einer dem Vorjahr vergleichbaren Ölpreislandschaft gerechnet, der eine schwache Entwicklung des US-Dollar-Kurses gegenübersteht. Da sich die Raffinerie-Bulkmargen deutlich verbessern sollten, erwartet OMV aus heutiger Sicht für das Gesamtjahr 2003 insgesamt einen höheren Betriebserfolg und Jahresüberschuss.

Steigerung von Betriebserfolg und Jahresüberschuss

Telekom Austria AG

Kennzahlen Telekom Austria	2001	2002	
Umsatz (EUR Mio)	3.859,3	3.908,2	↗
EBITDA (EUR Mio)	1.474,8	1.514,6	↗
EBIT (EUR Mio)	158,1	323,5	↗
Ergebnis vor Steuern (EUR Mio)	-200,1	43,8	↗
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (EUR Mio)	-104,6	12,8	↗
Dividende (EUR Mio)	-	-	-
Dividende pro Aktie (EUR)	-	-	-
Investitionen in Sachanlagen (EUR Mio)	812,2	662,4	↘
Bilanzsumme (EUR Mio)	7.727,3	8.534,3	↗
Eigenkapital (EUR Mio)	2.500,4	2.509,5	↗
Nettoverschuldung (EUR Mio)	3.282,1	3.204,3	↘
Gearing (%)	131,3	127,7	↘
ROCE (%)	2,7	5,6	↗
Mitarbeiterstand auf Vollzeitbasis	17.549	15.714	↘



ÖIAG-Anteil
47,2 %

Strategie

Wireline

- Fortsetzung des Erfolgskurses
- Fokussierung auf Kundenorientierung und Serviceführerschaft
- Ausschöpfung der Wachstumspotenziale neuer Technologien und Applikationen
- Maximale Kosteneffizienz durch Höchstmaß an operativer Leistung
- Ausbau der Spitzenposition im Wireline-Geschäft durch Vermarktung maßgeschneiderter Sprach- und Internetpakete
- Fortsetzung der Breitband-Aktivitäten zur Absicherung steigender Kundenbedürfnisse
- Stärkung der Marktposition im Bereich Media durch den Ausbau der Internetportaldienste

Wireless

- Ausbau der Position als Markt- und Innovationsführer
- Absicherung der Profitabilität durch Fokussierung auf Kundenwert
- Schaffung von Ressourcen für künftige Erlösquellen sowie Optimierung der Kosten- und Investitionsstruktur
- Erhöhung der Datenerlöse durch Entwicklung bedienerfreundlicher und marktnaher Applikationen
- Streamlining der Organisation und Fokus auf internationale Kooperationen
- Ausgewählte wertsteigernde Expansions-schritte in Südosteuropa

Das Unternehmen

Größtes Telekommunikationsunternehmen Österreichs

Telekom Austria ist mit einem Umsatz von EUR 3,9 Mrd und rund 15.000 MitarbeiterInnen das größte Telekommunikationsunternehmen Österreichs. Seit November 2000 notiert die Telekom Austria AG an der Wiener Börse und an der New York Stock Exchange.

Neue Organisationsstruktur: Wireline und Wireless

Die neu definierte Organisationsstruktur der Telekom Austria AG unterteilt das Unternehmen seit Beginn 2003 in zwei Bereiche: Der Wireline-Bereich umfasst die früheren Geschäftssegmente Festnetz, Datenkommunikation und Internet, der Wireless-Bereich die Mobilkommunikation. Über die österreichischen Grenzen hinweg ist Telekom Austria in Kroatien, Slowenien und Liechtenstein in der Mobilkommunikation und in Tschechien im Internetgeschäft tätig. Insgesamt vertrauen im In- und Ausland rund 3,1 Mio Kunden im Bereich Wireline und knapp 4,5 Mio im Bereich Mobilkommunikation auf Dienste der Telekom Austria Gruppe.

Highlights 2002

- Rückkauf des Minderheitsanteils der Telecom Italia Mobile an mobilkom austria
- Erfolgreiche Aktienplatzierung im November 2002 – Streubesitz steigt auf 38 %, Telecom Italia halbiert ihren Anteil auf 14,8 %
- Reorganisation der früheren Geschäftssegmente Festnetz, Datenkommunikation und Internet und Zusammenführung im Bereich Wireline
- Stärkung der Marktposition in allen Geschäftssegmenten, erstmals seit der Liberalisierung 1998 auch im Festnetz
- Deutliche Umsatz- und Ergebnissteigerung im Segment Mobilkommunikation
- Nettoverschuldung trotz Rückkaufs von mobilkom austria-Anteilen unter Vorjahresniveau
- Erstmals seit 1999 positives Nettoergebnis von EUR 12,8 Mio

Geschäftsentwicklung 2002

Umsatzzuwachs

Die zusammengefassten Umsatzerlöse der Telekom Austria stiegen 2002 auf vergleichbarer Basis (also unter Bereinigung der Vergleichszahlen 2001 um den Effekt der Anfang 2002 durchgeführten Saldierung der Transit-Erlöse und -Aufwendungen) um insgesamt 1,3 % auf EUR 3.908,2 Mio.

Deutliche EBIT-Steigerung

Primär durch das Wachstum im Mobilfunkgeschäft erhöhte sich das zusammengefasste EBITDA um 2,7 % auf EUR 1.514,8 Mio, das zusammengefasste EBIT verbesserte sich von EUR 158 Mio im Jahr 2001 auf EUR 323,5 Mio. Positiv wirkte sich hier u.a. die Reduktion der Wertminderungen, v.a. jener für den Firmenwert von Czech On Line, von zuvor EUR 145,1 Mio auf EUR 41,9 Mio im Jahr 2002 aus. Das im Vorjahr negative konsolidierte Nettoergebnis der Telekom Austria AG verbesserte sich im Geschäftsjahr 2002 auf einen Gewinn von EUR 12,8 Mio. Damit erhöhte sich das Ergebnis je Aktie auf EUR 0,03.

Als Resultat einer strikten Investitionskontrolle zeigen die Sachanlagenzugänge für das Geschäftsjahr 2002 einen Rückgang von 18,4 % auf EUR 662,4 Mio. Auf dieser Basis – und auf Grundlage der Verbesserung des operativen Ergebnisses – wurde die Nettoverschuldung zum 31. Dezember 2002 gegenüber dem Jahresende 2001 um EUR 77,9 Mio auf EUR 3.204,2 Mio gesenkt. Diese Reduktion konnte trotz der zur Finanzierung des 25,001 %-Anteils an mobilkom austria vom Unternehmen eingegangenen Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 693,1 Mio erreicht werden.

Nettoverschuldung gesenkt

Ausblick 2003

Nach den Rückgängen der vergangenen Jahre erwartet die Telekom Austria im Segment Wireline für 2003 dank intensiver Marketingmaßnahmen und rigiden Kostenmanagements eine Stabilisierung der Umsatz- und Ertragsentwicklung. Im Segment Wireless ist auf Grund des Markteintritts von zusätzlichen Konkurrenten in Österreich mit einer Intensivierung des Wettbewerbs zu rechnen, auf die Telekom Austria bereits im abgelaufenen Jahr mit intensiven Marketinginitiativen reagiert hat. Rückläufig entwickeln werden sich auf Grund niedrigerer Tarife 2003 die Roaming-Erlöse. Obwohl im Segment Wireless insgesamt dennoch höhere Umsätze und Erträge erwartet werden, werden die Wachstumsraten damit nicht mehr an jene vergangener Jahre anschließen können.

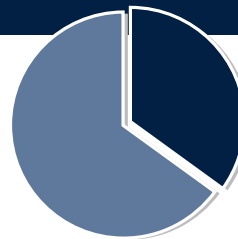
Insgesamt strebt Telekom Austria für 2003 einen leichten Anstieg der Umsatzerlöse und des EBITDA an, der Nettoüberschuss sollte sich – nicht zuletzt durch die Vollkonsolidierung der Ergebnisse aus der Mobilkommunikation – gegenüber 2002 erhöhen. Dies sollte für 2003 auch wieder die Ausschüttung einer Dividende ermöglichen.

Zuwachs bei Umsatz und EBITDA

voestalpine AG

Kennzahlen voestalpine	2001/2002 ¹	2002/2003 ¹	
Umsatz (EUR Mio)	3.353,7	4.391,9	↗
EBITDA (EUR Mio)	402,2	516,1	↗
EBIT (EUR Mio)	159,5	223,0	↗
Ergebnis vor Steuern (EUR Mio)	90,8	122,0	↗
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (EUR Mio)	54,9	78,0	↗
Dividende (EUR Mio)	47,4	47,4	→
Dividende pro Aktie (EUR)	1,2	1,2	→
Investitionen in Sachanlagen (EUR Mio)	316,3	622,8	↗
Bilanzsumme (EUR Mio)	4.087,1	4.516,7	↗
Eigenkapital (EUR Mio)	1.563,7	1.785,9	↗
Nettoverschuldung (EUR Mio)	624,5	830,6	↗
Gearing (%)	39,9	46,5	↗
ROCE (%)	6,1	7,1	↗
Mitarbeiterstand auf Vollzeitbasis	17.129	21.738	↗

¹ Geschäftsjahr jeweils von 1. April bis 31. März des Folgejahres



ÖIAG-Anteil
34,7 %

einer Hand an. Ähnliches gilt für die division motion, die als Automobilzulieferer tätig ist. Dieser Bereich stellt seinen Kunden im Segment der Rohkarosserie sämtliche Kompetenzen – von Werkstoffen bis zu Verarbeitung und Assembling – zur Verfügung.

Mehr als 80 % des Konzernumsatzes werden im Export erzielt, wobei die Europäische Union den mit Abstand wichtigsten Markt darstellt.

Das Unternehmen

Produktion
und Veredelung
von Stahl

Die voestalpine-Gruppe ist als internationaler Konzern mit Sitz in Österreich in der Produktion und Veredelung von Stahl sowie im Engineering und der Verarbeitung von Stahl und anderen Werkstoffen zu Komponenten und Systemen tätig. Der Konzern umfasst derzeit weltweit mehr als 240 Beteiligungen.

Komponenten
und Systeme

Das Unternehmen zählt zu den führenden Lieferanten der europäischen Automobil-, Hausgeräte- und Eisenbahnindustrie. Der voestalpine-Konzern hat sich in diesen Bereichen einerseits als international erfolgreicher Anbieter qualitativ höchstwertiger Nischenprodukte etabliert, andererseits zum Systemanbieter entwickelt, der seinen Kunden spezifische Komplettlösungen anbietet. So stellt beispielsweise die Division Bahnsysteme nicht nur – in diesem Qualitätssegment weltweit einzigartige – Produkte wie Schienen und Weichen her, sondern bietet auch Planung und Entwicklung von Bahnstrecken sowie Infrastrukturdienstleistungen (etwa Transport und Logistik) aus

Strategie

Im Jahr 2001 hat sich der voestalpine-Konzern organisatorisch und strategisch neu ausgerichtet. Im Wettbewerb mit den – teilweise ungleich größeren – Mitbewerbern im klassischen Stahlbereich lautet der Anspruch nicht, "mehr Stahl" zu erzeugen, sondern "mehr aus Stahl" zu machen und damit die Wertschöpfungskette entsprechend zu verlängern. Gegenüber traditionellen Stahlerzeugern bedeutet dies höhere Profitabilität sowie deutlich geringere Abhängigkeit von konjunkturellen Zyklen. Mit dieser strategischen Ausrichtung war eine neue Konzernstruktur mit vier operativen Einheiten verbunden: den Divisionen Stahl (Flachstahlerzeugung), Bahnsysteme (Komplettlösungen für den "stählernen Fahrweg"), motion (Automobilzulieferung mit Schwerpunkt Rohkarosserie) und Profilform (Spezialrohre und -profile).

Organisatorische
und strategische
Neuausrichtung:
vier Divisionen

"mehr aus Stahl"

Wachstum
in Richtung
Weiter-
verarbeitung

Das Wachstum in Richtung Weiterverarbeitung, das in den vergangenen beiden Jahren vorrangig durch Akquisitionen forciert wurde, spiegelt sich in der Umsatzstruktur bereits deutlich wider. Erstmals in der Konzerngeschichte wurde in dem mit 31. März 2003 zu Ende gegangenen Geschäftsjahr mehr als die Hälfte des Gruppenumsatzes von den Verarbeitungsdivisionen erzielt. Bis zum Geschäftsjahr 2005/2006 soll dieser Weg fortgesetzt und der Verarbeitungsanteil auf rund 60 % am Gesamtumsatz des voestalpine-Konzerns gesteigert werden.

Highlights 2002/2003

- Umsatz des voestalpine-Konzerns steigt um rund ein Drittel auf über EUR 4,3 Mrd
- Mit einem EBIT von deutlich mehr als EUR 200 Mio erzielt die voestalpine AG das zweitbeste Ergebnis der Unternehmensgeschichte
- Mit der Fertigstellung der Feuerverzinkungsanlage 3 steht in der Division Stahl das erste Teilprojekt des Investitionsprogramms "Linz 2010" unmittelbar vor der Inbetriebnahme
- Die division motion erwirbt mit der voestalpine Matzner GmbH umfassendes Engineering- und Prototypen-Know-how und wird damit zum Komplettanbieter im Bereich der Automobil-Rohkarosserie
- Die Division Bahnsysteme schließt die vollständige Übernahme der VAE ab und hat die ursprünglich für 2005/2006 angestrebten Umsatz- und Strategziele (Komplettanbieter für den "stählernen Fahrweg") bereits zum Ende des Geschäftsjahres 2002/2003 erreicht
- Die Verarbeitungsdivisionen Bahnsysteme, motion und Profilform erzielen 53 % des Konzernumsatzes und übertreffen damit erstmals den Anteil der Stahlerzeugung
- Ausbau der Mitarbeiterbeteiligung von 4 % auf 6,5 %

Geschäftsentwicklung 2002/2003

Trotz einer vor allem in Europa und den USA unverändert schwierigen Konjunktursituation verlief die Geschäftsentwicklung im Wirtschaftsjahr 2002/2003 sehr erfolgreich. Der voestalpine-Konzern konnte seinen Umsatz gegenüber dem Vorjahr um über 30 % auf mehr als EUR 4,3 Mrd steigern. Mit einem parallel dazu von EUR 159 Mio auf über EUR 200 Mio erhöhten EBIT verzeichnete die voestalpine-Gruppe das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte. Auch sämtliche anderen Ergebniskennzahlen stellten sich gegenüber dem vergangenen Geschäftsjahr deutlich verbessert dar.

Erfolgreiche Entwicklung
trotz schwacher
Konjunktur

Aktuelle Trends

"Linz 2010": Im Rahmen dieses Investitionsprogramms wird das Werk Linz in den kommenden Jahren in zwei Etappen zu einem der größten und modernsten Stahlstandorte Europas ausgebaut. Für 2004 ist die Schlüsselinvestition der ersten Etappe, die Neuzustellung und Erweiterung des Haupthochofens A, vorgesehen.

Integration und Konsolidierung: Im laufenden Geschäftsjahr stellt die Integration der in den vergangenen beiden Jahren erworbenen Unternehmen in den voestalpine-Konzern einen wesentlichen Schwerpunkt dar.

Ausblick 2003/2004

Aus heutiger Sicht – das heißt unter der Voraussetzung, dass auf internationaler Ebene keine weiteren politisch oder konjunkturell ungünstigen Entwicklungen oder eine weitere substanzielle Verteuerung der Rohstoffe eintreten – rechnet der voestalpine-Konzern für das Geschäftsjahr 2003/2004 jedenfalls mit einer stabilen Umsatz- und Ergebnisentwicklung.

Stabile Umsatz-
und Ergebnis-
entwicklung

VA Technologie AG

Kennzahlen VA TECH	2001	2001 ¹	2002	
Umsatz (EUR Mio)	3.998,6	3.868	3.871,6	↗
EBITDA (EUR Mio)	230,5	151	201,8	↗
EBIT (EUR Mio)	83,3	7	83,3	↗
Ergebnis vor Steuern (EUR Mio)	41,8	-109	-90,7	↗
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (EUR Mio)	31,9	-113	-93,0	↗
Dividende (EUR Mio)	7,5	-	-	-
Dividende pro Aktie (EUR)	0,5	-	-	-
Investitionen in Sachanlagen (EUR Mio)	89,5	-	70,8	↘
Bilanzsumme (EUR Mio)	4.132,8	-	3.646,8	↘
Eigenkapital (EUR Mio)	632,3	-	505,2	↘
Nettoverschuldung (EUR Mio)	20,5	-	-83,2	↘
Gearing (%)	3,2	-	-16,5	↘
ROCE (%)	1,9	-	1,2	↘
Mitarbeiterstand per 31. Dezember	18.847	-	17.725	↘

¹ Vergleichbare Basis 2001: zur besseren Vergleichbarkeit der Kennzahlen wurden die Ergebnisse des Jahres 2001 bereinigt um "Eingestellte Bereiche" (VA TECH TMS und Verkaufserlös VA TECH VOEST MCE) sowie um den Buchgewinn aus der Abgabe von voestalpine-Aktien dargestellt.



ÖIAG-Anteil
24,0 %

letzten Jahre basiert die Geschäftstätigkeit von VA TECH nunmehr zu 75 % auf Energie und Infrastruktur und zu 25 % auf Metallurgietechnik.

VA TECH zählt heute zu den globalen Marktführern in der Metallurgietechnik, der Hydraulischen Energieerzeugung und der Hochspannungsenergieübertragung und -verteilung. Im elektromechanischen Infrastruktur-Engineering und -service verfügt VA TECH über eine führende Position in den regionalen Kernmärkten Zentral- und Osteuropas.

Top-Position
in den Kern-
geschäften

Das Unternehmen

Globale
Technologie- und
Servicegruppe

Die VA Technologie AG (VA TECH) hat sich in den letzten vier Jahren vom Engineering-Konglomerat mit breit gefächelter Produktpalette zu einem fokussierten globalen Technologie- und Serviceunternehmen in den Bereichen Metallurgietechnik, Hydraulische Energieerzeugung, Energieübertragung und -verteilung sowie Infrastruktur entwickelt. Als Resultat von Akquisitionen und Joint Ventures konnten die Umsätze in diesen Kerngeschäftsbereichen um EUR 1.400 Mio gesteigert sowie 11.000 neue internationale Mitarbeiter für den Konzern gewonnen werden.

Regional gesehen, kann bei VA TECH klar von einem Heimmarkt Europa gesprochen werden, aus dem etwa 60 % des jährlichen Auftragseingangs stammen. Die vorgesehene Erweiterung der Europäischen Union bietet somit auch für VA TECH längerfristig interessantes Potenzial.

Heimmarkt
Europa

Strategie und Finanzziele

Ausgehend von der neuen Vision von VA TECH – "Sustainable solutions. for a better life" – liegt die Strategie des Unternehmens in folgenden Schwerpunkten:

- Fokus auf Schlüsselmärkte mit hohem Wachstumspotenzial
- Ausbau des Automations- und Servicegeschäfts
- Schwerpunktsetzung auf nachhaltige Lösungen und erneuerbare Energien
- Nachhaltige Verbesserung der Ertragskraft durch effizienzsteigernde Maßnahmen

Erfolgreiche
Portfolio-
Fokussierung und
Restrukturierung

Im Zuge der Fokussierung hat sich VA TECH andererseits von Nicht-Kerngeschäften – der konventionellen Thermischen Energieerzeugung, der Umwelttechnik (Müllverbrennung, Gasreinigung), der Mechanischen Anlagentechnik sowie dem Bereich Transport- und Montagesysteme – getrennt. Durch den Veränderungsprozess der

Auch die langfristigen finanziellen Ziele von VA TECH sind ehrgeizig:

- ROCE von 15 %
- Operative Marge (ROS – Return on Sales) von 8 %
- Eigenkapitalquote von 20 %
- Nachhaltige Generierung von Free Cash Flows

Highlights 2002

- Auftragseingang von EUR 4.125 Mio bei Fokussierung auf Aufträge mit guter Ergebnisqualität
- Umsatz mit EUR 3.872 Mio auf Vorjahresniveau
- Operatives Ergebnis auf vergleichbarer Basis deutlich verbessert
- Metallurgietechnik nach Restrukturierung auf erfolgreichem Turnaround-Kurs
- Solide Geschäftsentwicklung mit Ergebniswachstum bei Hydraulischer Energieerzeugung, Energieübertragung und -verteilung sowie Infrastruktur
- Deutlicher Rückgang in der Wassertechnik, derzeit Restrukturierung
- Neue Führungsstruktur des Konzerns mit verschänkter Vorstands- und Divisionsverantwortung

Geschäftsentwicklung 2002

Konzentration auf Ergebnisqualität

Trotz selektiver Politik konnte 2002 ein Auftragszugang von EUR 4.125 Mio erzielt werden – klarer Beweis für das hohe Vertrauen der Kunden in die Leistungsfähigkeit des VA TECH-Konzerns. Der Auftragsstand betrug EUR 3.961 Mio und liegt in Höhe eines Jahresumsatzes. Mit EUR 3.872 Mio wurde beim Umsatz das vergleichbare Vorjahresniveau gehalten.

Operatives Ergebnis deutlich verbessert

Gemessen am EBITA hat sich das operative Ergebnis der VA TECH gegenüber dem vergleichbaren Wert aus 2001 von EUR 70 Mio auf nunmehr EUR 129 Mio deutlich verbessert. Auch das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) konnte von den vergleichbaren EUR 7 Mio im Vorjahr auf EUR 83 Mio gesteigert werden und erreichte

damit das Ergebnis des Vorjahres inklusive aller Sondereffekte. Im Finanzergebnis von EUR –174 Mio schlug sich die buchmäßige Abschreibung der Beteiligung an der insolventen Babcock Borsig Power in Höhe von EUR 44,4 Mio nieder. Insgesamt betrug der Jahresfehlbetrag EUR –93 Mio und konnte damit auf dem Niveau der ersten neun Monate 2002 stabilisiert werden.

Durch aktives Cash-Management in allen Konzerngesellschaften ist es gelungen, die Nettoverschuldung der VA TECH 2002 nicht nur zu reduzieren, sondern sogar in eine positive Netto-Liquidität von EUR 83 Mio (nach EUR –21 Mio im Vorjahr) zu drehen. Auch der Cash Flow entwickelte sich im Jahr 2002 sehr positiv. Neben dem Cash Flow aus der Betriebstätigkeit (EUR 97 Mio nach EUR –202 Mio in 2001) zeigte v.a. der Free Cash Flow mit EUR 101 Mio (nach EUR –82 Mio im Vorjahr) ein sehr erfreuliches Bild.

Netto-Liquidität und Cash Flow wieder positiv

Ausblick 2003

Im Geschäftsjahr 2003 sind die internationalen Rahmenbedingungen weiterhin von politischen Unwägbarkeiten und zurückhaltender Investitionsneigung geprägt. Schwer prognostizierbar sind v.a. die Auswirkungen der Kriegssituation im Mittleren Osten auf die Kapitalgüterindustrie.

VA TECH erwartet für 2003 Auftragseingänge und Umsätze in der Größenordnung des Vorjahres. Hauptziel des Jahres ist die nachhaltige Verbesserung der Ertragskraft durch weitere effizienzsteigernde Maßnahmen und Kostenreduktionen sowie die Sicherstellung einer soliden Liquiditätslage des Konzerns.

Effizienzsteigerung und Kostenreduktion

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Restrukturierungsmaßnahmen in der Metallurgietechnik und trotz der ungünstigen Marktsituation in der Wassertechnik plant VA TECH, das operative Ergebnis im Jahr 2003 deutlich zu steigern und auch ein klar positives Nettoergebnis zu erzielen.

ÖIAG-Bergbauholding AG

Kennzahlen ÖIAG-Bergbauholding	2001	2002	
Umsatz (EUR Mio)	66,5	65,8	↘
EBITDA (EUR Mio)	9,6	6,4	↘
EBIT (EUR Mio)	6,7	3,6	↘
Ergebnis vor Steuern (EUR Mio)	12,2	8,1	↘
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (EUR Mio)	9,1	3,6	↘
Dividende (EUR Mio)	3,0	3,2	↗
Investitionen in Sachanlagen (EUR Mio)	1,9	1,7	↘
Bilanzsumme (EUR Mio)	202,1	203,6	↗
Eigenkapital (EUR Mio)	77,7	78,2	↗
Nettoverschuldung (EUR Mio)	-12,7	-5,0	↗
Gearing (%)	-6,3	-16,4	↘
ROCE (%)	12,5	4,6	↘
Mitarbeiterstand auf Vollzeitbasis	456	419	↘



ÖIAG-Anteil
100,0 %

Highlights 2002

Für die ÖBAG war das Geschäftsjahr durch besondere Stabilisierungsmaßnahmen geprägt:

- Für das Revier Eisenerz wurde ein Liefervertrag mit der voestalpine über weitere fünf Jahre bis Dezember 2007 mit ergänzenden Optionsmöglichkeiten zum Weiterbezug von Inlandsmischerz vereinbart.
- Bei der Bleiberger Berwerksunion AG i.L. (BBU) ist die zehnjährige Phase der Liquidation im November 2002 aufgehoben worden, nach der plangemäßen Umwandlung der Aktiengesellschaft in eine GmbH soll 2003 die Fusion der BBU als übertragende Gesellschaft mit der VOEST-ALPINE Erzberg GmbH als übernehmende Gesellschaft erfolgen.
- Im Voitsberger Revier führten die Verhandlungen der GKB-Bergbau GmbH mit der Austrian Thermal Power (ATP) im Juni 2002 zum Abschluss eines Nachtrags zum bestehenden Kohlelieferungsvertrag aus 1977 und damit zur Rechtssicherheit für die Zukunft des Kohlebergbaus bis Mitte 2004. Dieses Ergebnis fand am 18. Juni 2002 auch Zustimmung im Aufsichtsrat der ÖBAG. Die Restforderungen der GKB-Bergbau gegenüber ATP aus dem Ordnungszeitraum vor Oktober 2001 sind nach wie vor strittig.

Unternehmen und Strategie

Branchenholding
für Bergbau

Als Branchenholding verfolgt die ÖIAG-Bergbauholding AG (ÖBAG) mit der Durchführung der ordnungsgemäßen Schließungs- und Rekultivierungsmaßnahmen neben der Produktion von Mischerz und Braunkohle mittelfristig den geordneten Rückzug der ÖIAG aus dem Bergbaubereich.

Erzberg,
Braunkohlerevier
Voitsberg

Damit trägt die ÖBAG primär die Verantwortung für den steirischen Erzberg sowie für das Voitsberger Braunkohlerevier und hielt 2002 weiters eine 100 %-Beteiligung an der Bleiberger Bergwerksunion (BBU).

Kompetenz-
zentren Eisenerz
und Köfflach

Um die langfristige Kompetenz sicherzustellen, werden alle Bergwerksberechtigungen des ÖBAG-Konzerns aus dem Bereich Erz im Kompetenzzentrum Eisenerz gebündelt, für den Bereich Kohle einschließlich der Altlasten der Lavanttaler Kohlebergbau Ges.m.b.H. (LAKOG) ist im Kompetenzzentrum Köfflach vorgesorgt.

Geschäftsentwicklung 2002

Absatzsteigerung
am Erzberg

Begünstigt durch erhöhte Nachfrage des heimischen Stahlerzeugers voestalpine mit seinen Hüttenwerken Linz und Donawitz konnte die Absatzmenge des Erzbergs im Jahr 2002 auf über 1,9 Mio t gesteigert werden. Die Köflacher Kohle wurde vorrangig an das Kraftwerk Voitsberg 3 der Austrian Thermal Power (ATP) sowie in geringem Umfang an einen industriellen Kunden aus der Papiersparte abgesetzt. Insgesamt betrug die Verkaufsmenge im Berichtszeitraum 1,1 Mio t. Damit lag die Bergwerksproduktion im ÖBAG-Konzern etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Erzberg und
Voitsberger Revier
mit Dividenden

Die VOEST-ALPINE Erzberg GmbH konnte ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahr auf EUR 22,4 Mio steigern. Auch das operative Ergebnis war erneut positiv, vom Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (einschließlich Finanzerfolg) konnte eine Dividende in Höhe von EUR 0,6 Mio ausgeschüttet werden. Die Zahl der Mitarbeiter erreichte zum Jahresende 170 und nähert sich damit der leistungsbedingten Talsohle. Positiv entwickelt sich auch die Servicetochter M.S.E. Sie hielt per Jahresende bei 61 Mitarbeitern.

Die GKB-Bergbau GmbH hat 2002 einen Umsatz von EUR 43,4 Mio erwirtschaftet, die Anzahl der Mitarbeiter sank im Jahresvergleich von 251 auf 236. Auf Grund eines deutlich positiven operativen Ergebnisses konnte ein Geschäftsergebnis verzeichnet werden, das die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von EUR 2,5 Mio an die ÖBAG ermöglichte.

Die Minderheitsbeteiligung BMG-Recycling in Arnoldstein hat erwartungsgemäß positive Ergebnisse gezeigt und eine entsprechende Gewinnausschüttung erbracht.

Ausblick 2003

Die von der Montanbehörde im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten auf Grund des im Jahr 2001 novellierten MinroG neuerdings geforderten finanziellen Sicherheitsleistungen – sie beziehen sich sowohl auf künftige Bergschäden als auch auf Sanierungs- und Rekultivierungsmaßnahmen in aktiven Bergbauen und in Altbergbauen – werden den ÖBAG-Konzern erheblich belasten.

Die BBU GmbH wird 2003 mit der VOEST-ALPINE Erzberg GmbH verschmolzen. Die 446 Bergwerksberechtigungen (Bleiberger Hochtal, Südkärnten, Grazer Paläozoikum, Vomp/Lafatsch etc.) stehen für die kommenden Lösungsmaßnahmen an.

Die VOEST-ALPINE Erzberg GmbH sorgt mit der Belieferung der voestalpine mittelfristig weiterhin für die Verwendung heimischen Erzes in der österreichischen Stahlindustrie.

Im Rahmen eines für die Jahre 2003 und 2004 aufgestellten Gewinnungsbetriebsplans wurde für die GKB-Bergbau GmbH die zielgerichtete Abarbeitung der erforderlichen Sicherungs- und Rekultivierungsmaßnahmen berücksichtigt.

Belastung durch
finanzielle
Sicherheits-
leistungen

Erz für
österreichische
Stahlindustrie

Österreichische Post AG

Kennzahlen Österreichische Post	2001	2002	
Umsatz (EUR Mio)	1.565,2	1.571,7	↗
EBITDA (EUR Mio)	105,8	100,6	↘
EBIT (EUR Mio)	2,5	-7,6	↘
Ergebnis vor Steuern (EUR Mio)	25,6	-1,9	↘
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (EUR Mio)	17,5	-2,5	↘
Dividende (EUR Mio)	29,1	36,3	↗
Investitionen in Sachanlagen (EUR Mio)	111,4	105,6	↘
Bilanzsumme (EUR Mio)	1.601,7	1.631,8	↗
Eigenkapital (EUR Mio)	746,1	713,2	↘
Nettoverschuldung (EUR Mio)	-253,0	-168,4	↗
Gearing (%)	-33,9	-23,6	↗
ROCE (%)	1,6	0,6	↘
Mitarbeiterstand auf Vollzeitbasis	30.366	29.558	↘



ÖIAG-Anteil
100,0 %

Strategie

Langfristig ist eine strukturelle Veränderung des Marktes der Österreichischen Post AG zu erwarten – hervorgerufen durch Sparmaßnahmen und die Substitution durch elektronische Kommunikationsmittel. Dies bedeutet insgesamt: Der Kostendruck steigt und muss durch Kostenreduktion und Effizienzsteigerung ausgeglichen werden. Die Österreichische Post AG reagiert darauf mit einem forcierten Kostensenkungsprogramm, das auf eine möglichst hohe Flexibilisierung der Kosten abzielt. Gleichzeitig wird die Effizienz durch die bereits angelaufenen Umstrukturierungsprojekte, Qualitätsprogramme sowie Investitionen in State-of-the-art-Technologie laufend gesteigert.

Steigender
Kostendruck

Kostensenkung
und Flexibi-
lisierung

Das Unternehmen

Österreichs
führender Post-
dienstleister

Die Österreichische Post AG ist Österreichs führender Dienstleister in der Postbeförderung. Sie wurde am 3. März 1999 rechtlich verselbständigt. Zu den Hauptgeschäftsbereichen der Österreichischen Post AG zählen die Leistungen des Post- und Paketdienstes sowie die Abwicklung von Finanzgeschäften in Kooperation mit dem langjährigen Partner Postsparkasse.

Neue Divisional-
struktur mit fünf
Geschäftsfeldern

Seit 2002 weist die Österreichische Post AG eine Divisionalstruktur auf und ist in die fünf Geschäftsfelder Brief, Filialnetz, Info-Mail, KEP (Kurier.Express.Paket) und Medienpost gegliedert. Sie wurden im Hinblick auf Kundenbedürfnisse, Markt- und Wettbewerbsumfeld sowie klare und transparente Abgrenzung der Verantwortung festgelegt. Die Geschäftsfelder tragen jeweils die Verantwortung für ihre Produkte und damit für Kunden sowie Umsatz und Spartenergebnis.

Highlights 2002

- Neue, deutlich flexiblere Divisionalstruktur mit den fünf operativen Geschäftsfeldern Brief, Filialnetz, Info-Mail, KEP (Kurier.Express.Paket) und Medienpost
- Marktgerechte Neustrukturierung des Filialnetzes bringt deutliche Kostensenkung und Effizienzsteigerung – Reduktion von 2.300 auf nunmehr 1.669 Standorte
- Flächendeckende Versorgung auch in dünn besiedelten Regionen durch alternative Vertriebskanäle gesichert
- Neues Briefzentrum für die Ostregion – eines der größten und modernsten Briefzentren Europas

- Umfassendes Programm zur Qualitätssteigerung gestartet
- Übernahme eines Anteils von 75 % minus eine Aktie am Werbemittelzusteller feibra
- Neues Produkt- und Tarifmodell für Medienpost – neue Verträge mit mehr als 4.200 Zeitungstiteln

Geschäftsentwicklung 2002

Gewinn trotz Rückgang bei Brief und Paket

Die Wirtschaft reagiert auf die anhaltende Konjunkturschwäche mit sinkenden Investitionen und rigiden Kostensparprogrammen. Dies wirkte sich auch auf das Geschäft der Österreichischen Post AG aus. So waren 2002 die Volumina beim Paket und vor allem beim Brief rückläufig. Dennoch konnte die Österreichische Post AG das Geschäftsjahr 2002 mit einem Gewinn abschließen.

Der Umsatz der Gruppe konnte mit EUR 1.571,7 Mio gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden, die Betriebsleistung lag mit EUR 1.629,1 Mio nur knapp unter dem Vorjahreswert. Die Umsätze in den Geschäftsfeldern Brief, Info-Mail, KEP (Kurier.Express.Paket) und Medienpost stagnierten bzw. lagen unter dem Vorjahresniveau, die Umsätze im Geschäftsfeld Filialnetz konnten gesteigert werden. Weiterhin stammte der größte Anteil am Gesamtumsatz mit EUR 710,7 Mio aus dem Geschäftsfeld Brief.

Brief mit höchstem Umsatzanteil

Das EGT der Österreichischen Post Gruppe betrug im Jahr 2002 EUR -1,9 Mio, das EBIT erreichte einen Wert von EUR -7,6 Mio.

Personalstand und -aufwand reduziert

Der Personalstand der Österreichischen Post Gruppe konnte im Berichtszeitraum um 808 Vollzeitkräfte verringert werden und lag damit im Jahr 2002 bei durchschnittlich 29.558 Vollzeitkräften. Weiter gesenkt werden konnte im Einklang damit auch der Personalaufwand auf ein Gesamtvolumen von EUR 1.015,0 Mio.

Aktuelle Trends/Projekte

Das mit Investitionen von insgesamt EUR 276 Mio größte Investitionsprojekt der Österreichischen Post AG ist derzeit die Errichtung bzw.

der Ausbau von sechs automatisierten Briefzentren in Wien, Linz, Salzburg, Graz, Villach sowie im Raum Tirol/Vorarlberg. Nach Inbetriebnahme der Briefzentren in Salzburg, Graz und zuletzt Wien soll 2003 die Modernisierung des Logistikzentrums Oberösterreich abgeschlossen werden, für das geplante Logistikzentrum Kärnten in Villach-St. Magdalen sollen 2003/04 die Bauarbeiten beginnen. Das Logistikzentrum für den Raum Tirol/Vorarlberg wird aller Voraussicht nach im Großraum Innsbruck angesiedelt sein. 2002 wurde mit der Evaluierung möglicher Grundstücke begonnen.

Sechs automatisierte Briefzentren

Im Rahmen des Projekts "Distribution Neu" reduziert die Österreichische Post AG derzeit ihre Zustellstandorte um zwei Drittel auf rund 570 Zustellbasen. Ziel der Umstrukturierung sind größere Zustellerteams, besserer Fahrzeugeinsatz, Zeitgewinne in der Tourenplanung und damit eine insgesamt höhere Qualität. Diese Neuorganisation soll im Lauf des Jahres 2003 abgeschlossen werden.

Projekt "Distribution Neu"

Neben der Optimierung der Dienste in ihrem Heimmarkt expandiert die Österreichische Post AG in die südöstlichen und östlichen Nachbarländer Österreichs. So wurde in Slowenien schon 2001 die primär im nationalen Business-to-Business-Service tätige 100 %-Tochtergesellschaft "Yellogistics d.o.o." gegründet. In der Slowakei hat sich die Österreichische Post AG durch die Übernahme von "Slovak Parcel Service s.r.o." und "In Time s.r.o." 2002 als Nummer zwei auf dem slowakischen KEP-Markt etabliert. Der Umsatz der beiden Tochterunternehmen in der Slowakei konnte im Jahr 2002 um 13 % gesteigert werden.

Expansion in Nachbarländer

Ausblick 2003

Für das kommende Geschäftsjahr hat die Österreichische Post AG ihre Unternehmensaktivitäten unter das übergreifende Ziel einer Qualitätsoffensive gestellt. Nachdem die organisatorischen und technischen Voraussetzungen geschaffen wurden, soll mit einer Vielzahl von Maßnahmen eine weitere Qualitätssteigerung erreicht werden. Gleichzeitig wird das Restrukturierungsprogramm forciert fortgesetzt.

Qualitätsoffensive

Österreichische Postbus AG

Kennzahlen Österreichische Postbus	2001	2002	
Umsatz (EUR Mio)	194,2	199,3	↗
EBITDA (EUR Mio)	15,5	21,0	↗
EBIT (EUR Mio)	-11,7	-4,8	↗
EGT (EUR Mio)	-11,4	-5,0	↗
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (EUR Mio)	-42,1	-12,7	↗
Dividende (EUR Mio)	-	-	-
Investitionen in Sachanlagen (EUR Mio)	15,3	31,2	↗
Bilanzsumme (EUR Mio)	290,9	281,7	↘
Eigenkapital (EUR Mio)	89,3	77,3	↘
Nettoverschuldung (EUR Mio)	-	-	-
Gearing (%)	neg.	21,9	↗
ROCE (%)	-9,1	-3,5	↗
Mitarbeiterstand auf Vollzeitbasis	2.915	2.807	↘



ÖIAG-Anteil
100,0 %

Das Unternehmen

Größtes
Busunternehmen
Österreichs

Als größtes Busunternehmen Österreichs bedient die Österreichische Postbus AG 700 Linien und gewährleistet dadurch ein flächendeckendes Mobilitätsnetz in allen Regionen des Landes. Die Österreichische Postbus AG erbringt dafür mit ca. 1.500 Bussen eine Fahrleistung von rund 85 Mio km pro Jahr. Das Unternehmen beschäftigt 2.860 MitarbeiterInnen, von denen der Großteil im Lenkdienst beschäftigt ist.

Mit Inkrafttreten der Poststrukturgesetznovelle 2000 zum 28. Februar 2001 gingen die Anteilsrechte der Österreichischen Post AG an der Österreichischen Postbus AG in das Eigentum der ÖIAG über.

Strategie

Das erste Jahr der vollkommenen Eigenständigkeit von der Österreichischen Post AG war für die Österreichische Postbus AG von umfangreichen strategischen Neuorientierungen gekennzeichnet.

- So stand das Jahr 2002 ganz im Zeichen einer umfassenden Restrukturierung des Unternehmens und der Umsetzung einer komplett neuen Organisation. Parallel dazu wurden umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Ertrags- und Kostensituation getroffen. Kostensenkungsprogramme (z.B. "Mobil-machen"), eine Fuhrparkreduktion, der Neuaufbau bzw. die Optimierung von Prozessen im Unternehmen (vom Rechnungswesen über eine neue Planungsabteilung und gezieltes Fuhrparkmanagement bis hin zum Verkehrsverbundbereich) dienen diesem Ziel.

Restrukturierung

- Gleichzeitig war das Jahr 2002 von einem strategischen Richtungswechsel im Auftritt der Österreichischen Postbus AG in den Verkehrsverbänden geprägt. Da sich die Gründung der nach dem Österreichischen Personennah- und Regionalverkehrsgesetz (ÖPNRV-G) vorgesehenen betrieblichen Kooperationsgemeinschaften der Verkehrsunternehmen auf Grund unterschiedlicher Interessen und zunehmender Konkurrenz äußerst schwierig gestaltete, erschien eine betriebswirtschaftlich sinnvolle und effiziente Zusammenarbeit der Verkehrsunternehmen im Rahmen von Unternehmensverbänden immer weniger realisierbar. Die Österreichische Postbus AG entschied sich daher, den Schwerpunkt der Verbundarbeit auf die partnerschaftliche Beziehung zu den Verkehrsverbundorganisationsgesellschaften zu legen und auch mit den Bundesländern neue Kooperationen aufzubauen. In Hinkunft sollen damit die besten Kunden des Unternehmens (Bundeslän-

Geänderter Auftritt
in den Verkehrs-
verbänden

Partner-
schaftliches
Konzept

der, Verbundorganisationsgesellschaften und Gemeinden) durch eine neue Kultur des Umgangs, durch Qualität und Verkehrsplanungskompetenz überzeugt werden. Parallel dazu startete die Österreichische Postbus AG eine sehr erfolgreiche Verhandlungsoffensive in allen Bundesländern, um eine marktgerechtere Abgeltung ihrer Leistungen zu erreichen.

Highlights 2002

- Umsetzung der im Oktober 2001 beschlossenen Neuorganisation
- Aufbau der Regionalmanagements sowie Etablierung der beiden Stand Alone-Werkstätten in Innsbruck und Dornbirn
- Erstes Jahr der endgültigen Eigenständigkeit von der Post AG
- Deutliche Effizienzsteigerung durch Übernahme von vormals durch MitarbeiterInnen der Post AG erledigten Aufgaben durch eigenes Personal
- Intensive Verhandlungen mit Bundesländern und Verkehrsverbänden zur künftigen Absicherung der Finanzierung des Personenverkehrs
- Verbesserung der Ertrags- und Kostensituation

Geschäftsentwicklung 2002

Umsatzsteigerung, verbesserte Auslastung

Insgesamt konnte die Österreichische Postbus AG 2002 eine Steigerung des Umsatzes aus der Personenbeförderung um 4,4 % erreichen. Gleichzeitig wurden auch weitere Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung und Kostensenkung gesetzt, u.a. durch Anhebung der Anmietquote auf 7,3 %, eine verbesserte Auslastung der Busse sowie eine Senkung der durchschnittlichen Kosten pro gefahrenem Kilometer.

Optimierung der Werkstattkapazitäten

Der v.a. auf die Rückgänge der Erlöse mit Post und Telekom zurückzuführende negative Trend der Auftragsituation in den Werkstätten setzte sich zwar auch im abgelaufenen Jahr weiter fort, konnte jedoch etwas gebremst werden. Hier wurden insbesondere die Werkstattkapazitäten

genauer auf die internen Erfordernisse abgestimmt und ursprüngliche Überkapazitäten zum Großteil abgebaut.

Die Betriebsleistung der Österreichischen Postbus AG betrug im Geschäftsjahr 2002 EUR 216,5 Mio, die Aufwendungen beliefen sich insgesamt auf EUR 221,3 Mio. Damit erzielte die Österreichische Postbus AG 2002 ein betriebliches Ergebnis in Höhe von EUR -4,8 Mio, das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit betrug EUR -5,0 Mio. Der Umsatz pro MitarbeiterIn belief sich auf TEUR 70,4. Der Cash Flow aus dem Ergebnis der Österreichischen Postbus AG betrug auf dieser Basis im Geschäftsjahr 2002 EUR 3,3 Mio.

EBIT und EGT über Vorjahresniveau

Insgesamt hat die Österreichische Postbus AG im Geschäftsjahr 2002 EUR 31,1 Mio in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen investiert. Vor dem Hintergrund der offensiven Neuausrichtung überstiegen die Investitionen das Volumen des Vorjahres signifikant. Die Eigenkapitalquote der Österreichischen Postbus AG verringerte sich im Geschäftsjahr um rund drei Prozentpunkte auf 29,5 %.

Investitionen signifikant erhöht

Ausblick 2003

Die künftige Entwicklung des Unternehmens wird entscheidend durch die Schaffung wettbewerbsfähiger Kostenstrukturen sowie durch aktive Maßnahmen gegen die Umsatzstagnation, die sich aus den Fahrgastrückgängen insbesondere bei den Schülern ergibt, bestimmt sein.

Die Österreichische Postbus AG führt zu diesem Zweck intensive Verhandlungen mit Bund, Bundesländern und Verkehrsverbänden. Parallel dazu setzt das Unternehmen auf aktive Marketingmaßnahmen sowie Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit. Durch Optimierung des Verkehrsangebots wird im Verhandlungsweg versucht, mit den Verkehrsverbänden die Bereitstellung neuer Finanzierungsmittel zu vereinbaren, im Gegenzug verpflichtet sich die Österreichische Postbus AG, das Angebot des Öffentlichen Personenverkehrs durch die Realisierung neuer Verkehrskonzepte attraktiver zu gestalten.

Aktives Marketing

Neue Verkehrskonzepte

Das Ja

hr 2002

hr 2002

Lagebericht

Die Aufgaben der ÖIAG

Aufgrund des ÖIAG-Gesetzes 2000 (BGBl. I Nr. 24/2000) hatte die ÖIAG im Berichtsjahr 2002 im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- **Privatisierungsmanagement** (Abgabe von Anteilen gegen bestmöglichen Erlös unter Berücksichtigung der Interessen der Unternehmen und unter Wahrung österreichischer Interessen),
- **Beteiligungsmanagement** (Halten von Anteilen und Ausübung der Anteilsrechte bei Unternehmen, an denen die ÖIAG beteiligt ist oder die ihr künftig übertragen werden) sowie
- den Erwerb von Anteilsrechten und die Teilnahme an Kapitalerhöhungen zur Aufrechterhaltung ihres Einflusses.

Der konkrete bisherige Privatisierungsauftrag – erteilt von der Bundesregierung im Sinn des § 7 Abs 1 ÖIAG-Gesetz 2000 in der Hauptversammlung vom 17. Mai 2000 – lautete auf die vollständige Abgabe folgender Unternehmen bzw. Unternehmensanteile:

- Österreichische Staatsdruckerei GmbH
- Dorotheum Auktions-, Versatz- und Bank-Gesellschaft mbH
- Print Media Austria AG
- Flughafen Wien AG
- Österreichische Postsparkasse AG
- Telekom Austria AG
- Austria Tabak AG

Abgesehen von der Telekom Austria AG, bei der die Anteilsrechte der ÖIAG bis auf 47,2 % privatisiert wurden, sind alle angeführten Gesellschaften bzw. Unternehmensanteile bereits zur Gänze veräußert worden. Darüber hinaus hatte die ÖIAG die Privatisierung weiterer Unternehmen oder Anteile an Unternehmen zu prüfen und nach Möglichkeit und Zweckmäßigkeit vorzunehmen.

Umfeld

Vom konjunkturellen Umfeld gingen für die Tätigkeit der ÖIAG 2002 kaum positive Impulse aus. So war weder die Wirtschaftslage noch die Situation an den internationalen Kapitalmärkten förderlich für weitere Privatisierungen. Auch das innenpolitische Vakuum zwischen den Neuwahlen 2002 und der Regierungsbildung 2003 schränkte den Handlungsspielraum der ÖIAG stark ein.

Die Beteiligungsgesellschaften der ÖIAG selbst – international gesehen kleine bzw. mittelgroße Unternehmen – waren durch die weltweite Rezession vor schwierige Herausforderungen gestellt, die sie jedoch zumeist erfolgreich bewältigten. Dies zeigt sich nicht zuletzt an der Werthaltigkeit des ÖIAG-Portfolios, das trotz der ungünstigen Umfeldbedingungen auch 2002 stabil blieb.

Aktivitäten 2002

Im April 2002 führte die voestalpine AG eine Kapitalerhöhung um insgesamt EUR 214,5 Mio durch. An dieser Transaktion nahm auch die ÖIAG teil und zeichnete zum Erwerbkurs von EUR 32,5 pro Aktie auf Basis ihres Bezugsrechts 1.247.400 Aktien im Wert von insgesamt EUR 40,5 Mio. Da die ÖIAG ihre Bezugsrechte nur zu 50 % ausnützte, ging ihr Anteil von zuvor 37,8 % auf 34,7 % zurück.

Ende Juni 2002 konnte ein wichtiger Meilenstein für die künftige Entwicklung der Telekom Austria AG und der mobilkom austria gesetzt werden: Die Telekom Austria AG erwarb unter aktiver Mitwirkung der ÖIAG den von Telecom Italia Mobile gehaltenen Anteil von 25 % an der mobilkom austria um rund EUR 690 Mio zurück und hält somit nunmehr 100 % an der mobilkom austria. Gleichzeitig leitete die Telecom Italia damit den generellen Ausstieg aus ihrem Engagement bei der Telekom Austria ein. Zu diesem Zweck wurde zusätzlich ein Vertrag unterzeichnet, auf dessen Basis die Telecom Italia bereits im November 2002 ihren Anteil an der Telekom Austria AG im Rahmen einer Börsenemission von 29,8 % auf 14,8 % reduziert hat. Diese bemerkenswert erfolgreiche Transaktion hatte auch äußerst positive Auswirkungen auf den Kurs der Telekom Austria-Aktie. Damit endete auch der Syndikatsvertrag zwischen ÖIAG und Telecom Italia.

Auf Grundlage ihres Privatisierungsauftrags hat die ÖIAG im März 2002 (Closing) die Strohal Rotationsdruck GmbH, deren Obergesellschaft Print Media Austria AG mit Vertrag vom 8. Juni 2001 mit der ÖIAG verschmolzen worden war, veräußert. Der Privatisierungserlös betrug EUR 27,8 Mio.

Im September 2002 wurde der Vertrag über die Veräußerung der Postbus AG an die Österreichischen Bundesbahnen unterzeichnet. Diese Transaktion ist zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts Gegenstand einer kartellrechtlichen Prüfung. Eine positive Entscheidung der Kartellbehörden vorausgesetzt, wird die effektive Umsetzung des Verkaufs in 2003 erwartet.

Sehr erfolgreich verliefen im Berichtszeitraum die Initiativen der ÖIAG, im Rahmen des Beteiligungsmanagements die Wertsteigerung der einzelnen Portfoliounternehmen zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit dem international renommierten Beratungsunternehmen Stern Stewart & Co. wurde das bereits 2001 bei einzelnen Beteiligungsunternehmen etablierte, auf die Steigerung des EVA (Economic Value Added) abgestellte Steuerungs- und Vergütungssystem weiter ausgebaut. Durch die in den Beteiligungsunternehmen konsequent verfolgte Wertsteigerungsstrategie konnte für das ÖIAG-Portfolio 2002 ein EVA-Zuwachs von mehr als EUR 200 Mio erzielt werden.

ÖIAG-Portfolio mit stabilem Wert

Trotz negativer Entwicklung auf den internationalen Aktienmärkten und widriger Konjunkturbedingungen konnte das ÖIAG-Portfolio seinen Wert in den letzten beiden Jahren insgesamt halten.

Zum 31. Dezember 2002 repräsentierte das Portfolio aller ÖIAG-Beteiligungen einen Gesamtwert von rund EUR 4,7 Mrd. Dem stand eine Nettoverschuldung von rund EUR 2 Mrd gegenüber. Daraus ergibt sich eine deutliche Überdeckung von EUR 2,7 Mrd bzw. 135 %.

Ergebnis 2002

Wichtigste ergebnisrelevante Faktoren für die ÖIAG waren im abgelaufenen Geschäftsjahr 2002:

- Die Erlöse aus Privatisierungen betrafen lediglich den Verkauf der Strohal Rotationsdruck GmbH um EUR 27,8 Mio (Privatisierungserlöse 2001: EUR 925,0 Mio) sowie einige Immobilien.
- Die Beteiligung an der VA TECH wurde wegen der negativen Kursentwicklung um insgesamt EUR 33,1 Mio abgewertet. Weiters wurde die Beteiligung an der IMIB um EUR 1,5 Mio abgewertet, nachdem dieser Gesellschaft rückwirkend zum 31. Dezember 2002 ein Gesellschafterzuschuss gewährt werden musste. Somit muss die IMIB kein negatives Eigenkapital ausweisen.
- Die Bilanzierung von Nachschussverpflichtungen an die Allgemeine Pensionskasse (APK) für leistungsorientierte Pensionszusagen aus der ehemaligen Verstaatlichten Industrie belastete das Ergebnis mit rund EUR 20 Mio.
- Für Sanierungsmaßnahmen beim Alt-Bergbau LAKOG wurden in der Bilanz rund EUR 7 Mio zusätzlich rückgestellt.
- Positiv wirkte sich im Berichtszeitraum die Reduktion des Personalstands der ÖIAG aus, der 2002 mit 50 Personen im Schnitt um rund 7 % unter dem Niveau von 2001 lag. Damit konnte auch der laufende Personalaufwand (ohne Aufwendungen für Altersvorsorge) um EUR 1,3 Mio bzw. rund 17 % verringert werden.
- Auch die Sachaufwendungen – insbesondere die Beratungskosten – lagen im Berichtszeitraum mit einem Rückgang von rund 30 % deutlich unter dem Vorjahreswert.

Der Jahresabschluss der ÖIAG zum 31. Dezember 2002 weist vor diesem Hintergrund einen Jahresfehlbetrag von EUR 79,8 Mio aus (2001: Jahresüberschuss von EUR 187,2 Mio).

Die Bilanzsumme der ÖIAG hat sich im Verlauf des Jahres 2002 um insgesamt EUR 136,0 Mio bzw. 2 % verringert. Die Struktur der Bilanz ist dabei im Wesentlichen unverändert geblieben.

Insgesamt hat sich der Buchwert der Beteiligungen von EUR 2.865,4 Mio auf EUR 2.826,7 Mio verändert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden durch Tilgungen im Ausmaß von rund EUR 53 Mio reduziert.

Das Eigenkapital hat sich auf Basis der Ergebnisentwicklung 2002 von EUR 2.710,7 Mio auf EUR 2.631,1 Mio verringert. Die Eigenkapitalquote lag damit zum Bilanzstichtag bei 48,2 % (31.12.2001: 48,4 %).

Ausblick

Die Aufgaben der ÖIAG im Geschäftsjahr 2003 ergeben sich weiterhin aus dem ÖIAG-Gesetz sowie aus dem daraus abgeleiteten, von der Bundesregierung jeweils für eine Legislaturperiode beschlossenen Privatisierungsauftrag.

Mit 1. April 2003 hat die Österreichische Bundesregierung der ÖIAG einen für die neue Legislaturperiode geltenden Privatisierungsauftrag erteilt, der die 100 %-ige Abgabe der Beteiligungen an den Gesellschaften

- BÖHLER-UDDEHOLM AG,
- VA Technologie AG,
- voestalpine AG sowie
- ÖIAG-Bergbauholding AG

vorsieht.

Des Weiteren beinhaltet der Privatisierungsauftrag die Abgabe von bis zu 100 % der Beteiligung an der Telekom Austria AG sowie die Suche nach einem strategischen Partner für die Österreichische Post AG als ersten Privatisierungsschritt.

Die ÖIAG hat die Abgabe dieser Beteiligungen unter möglichst weitgehender Einhaltung bestimmter, österreichische Interessen wahrer Auflagen vorzunehmen. Im Vordergrund steht dabei die Maximierung der Privatisierungserlöse sowie die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Im Rahmen des Beteiligungsmanagements wird die bereits in der Vergangenheit erfolgreiche Wertsteigerungsstrategie konsequent weitergeführt, sodass für das ÖIAG-Portfolio auch für 2003 von einem weiteren wesentlichen EVA-Zuwachs ausgegangen werden kann.

Abhängig vom Volumen und der Zeitfolge der künftigen Privatisierungen sowie von den Änderungen des ÖIAG-Gesetzes wird die ÖIAG auch den Kurs ihrer weiteren Entschuldung fortsetzen.

Wien, am 3. Juli 2003

Der Vorstand

Dr. Peter Michaelis e.h.

Dipl.-Ing. Rainer Wieltch e.h.

Bilanz zum 31. Dezember 2002

Aktiva			Stand	Stand
	EUR	EUR	31.12.2002 EUR	31.12.2001 TEUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Konzessionen, Rechte	385.730,75			118
2. Geleistete Anzahlungen	0,00			187
		385.730,75		305
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremdem Grund, davon Grundwert EUR 3.197.604,08 (2001: TEUR 3.586)	3.197.604,08			4.950
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	732.134,22			645
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	0,00			159
		3.929.738,30		5.754
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	2.826.657.104,73			2.865.427
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	25.558.804,22			24.839
3. Sonstige Ausleihungen	31.915,46			54
		2.852.247.824,41		2.890.320
			2.856.563.293,46	2.896.379
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	34.047,14			6.042
2. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	352.288,60			295
3. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	10.026.309,34			7.729
		10.412.645,08		14.066
II. Wertpapiere und Anteile				
1. Sonstige Wertpapiere und Anteile		213.711.111,84		167.648
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		405.429.187,39		544.355
			629.552.944,31	726.069
C. Rückforderungsansprüche für Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden			1.977.872.348,43	1.977.872
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
1. Disagio, Fremdkapitalbeschaffungskosten		15.328,88		21
2. Sonstige		33.573,58		9
			48.902,46	30
			5.464.037.488,66	5.600.350

Passiva			Stand	Stand
	EUR	EUR	31.12.2002 EUR	31.12.2001 TEUR
A. Eigenkapital				
I. Grundkapital		363.365.000,00		363.365
II. Kapitalrücklagen				
1. Gebundene	1.780.062.343,28			1.780.062
2. Nicht gebundene	190.244.037,85			190.244
		1.970.306.381,13		1.970.306
III. Gewinnrücklagen (Gesetzliche Rücklage)		36.336.417,08		36.337
IV. Bilanzgewinn				
davon Gewinnvortrag EUR 340.707.937,30 (2001: TEUR 152.613)		261.096.877,76		340.708
			2.631.104.675,97	2.710.716
B. Sonstige unbesteuerte Rücklagen			35.552,79	190
C. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Abfertigungen		1.347.837,00		1.414
2. Rückstellungen für Pensionen		1.730.699,00		1.716
3. Sonstige Rückstellungen		121.967.498,82		119.068
			125.046.034,82	122.198
D. Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden				
davon durch Rückforderungsansprüche nicht gedeckt		1.977.872.348,43		1.981.619
		0,00		-3.747
			1.977.872.348,43	1.977.872
E. Verbindlichkeiten				
1. Nachrangiges Gesellschafterdarlehen		67.619.305,34		67.986
2. Anleihen		0,00		2.180
3. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		611.659.288,94		664.555
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		2.899.620,09		3.874
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		29.573.096,82		25.539
6. Sonstige Verbindlichkeiten				
davon aus Steuern EUR 11.436,00 (2001: TEUR 41)				
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 65.526,72 (2001: TEUR 66)		18.227.565,46		25.240
			729.978.876,65	789.374
			5.464.037.488,66	5.600.350
Haftungsverhältnisse			0,00	3.724

Anlagenpiegel

gemäß § 226 (1) HGB per 31. Dezember 2002

	Vortrag	Zugänge	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten	
	1.1.2002		Umbuchungen	Abgänge
	EUR	EUR	EUR	EUR
Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Konzessionen, Rechte	231.555,31	263.876,27	187.015,26	9.940,67
2. Geleistete Anzahlungen	187.015,26	0,00	-187.015,26	0,00
	418.570,57	263.876,27	0,00	9.940,67
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund				
a) Bebaute Grundstücke				
Grundwert	224.541,85	0,00	0,00	224.541,85
Gebäudewert	8.335.082,44	0,00	0,00	8.217.693,88
b) Unbebaute Grundstücke	3.401.052,06	0,00	0,00	188.423,93
	11.960.676,35	0,00	0,00	8.630.659,66
2. Technische Anlagen und Maschinen	673.040,17	0,00	0,00	673.040,17
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.956.293,46	235.943,12	159.168,00	394.799,53
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	159.168,00	0,00	-159.168,00	0,00
	15.749.177,98	235.943,12	0,00	9.698.499,36
III. Finanzanlagen				
1. Beteiligungen	3.993.954.327,01	42.040.500,00	0,00	56.656.118,03
2. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	25.912.694,60	0,00	0,00	0,00
3. Sonstige Ausleihungen	54.444,05	0,00	0,00	22.528,59
	4.019.921.465,66	42.040.500,00	0,00	56.678.646,62
	4.036.089.214,21	42.540.319,39	0,00	66.387.086,65

Stand 31.12.2002 EUR	Abschreibungen kumuliert EUR	Buchwert 31.12.2002 EUR	Buchwert 31.12.2001 EUR	Abschreibungen des Geschäftsjahres EUR	Zuschreibungen EUR
672.506,17	286.775,42	385.730,75	118.308,23	180.200,10	0,00
0,00	0,00	0,00	187.015,26	0,00	0,00
672.506,17	286.775,42	385.730,75	305.323,49	180.200,10	0,00
0,00	0,00	0,00	224.541,85	0,00	0,00
117.388,56	117.388,56	0,00	1.363.234,62	163.634,08	0,00
3.212.628,13	15.024,05	3.197.604,08	3.361.859,57	0,00	0,00
3.330.016,69	132.412,61	3.197.604,08	4.949.636,22	163.634,08	0,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.956.605,05	2.224.470,83	732.134,22	645.008,20	307.127,77	0,00
0,00	0,00	0,00	159.168,00	0,00	0,00
6.286.621,74	2.356.883,44	3.929.738,30	5.753.812,42	470.761,85	0,00
3.979.338.708,98	1.152.681.604,25	2.826.657.104,73	2.865.426.916,01	34.584.000,00	0,00
25.912.694,60	353.890,38	25.558.804,22	24.838.518,83	18.242,50	738.527,89
31.915,46	0,00	31.915,46	54.444,08	0,00	0,00
4.005.283.319,04	1.153.035.494,63	2.852.247.824,41	2.890.319.878,92	34.602.242,50	738.527,89
4.012.242.446,95	1.155.679.153,49	2.856.563.293,46	2.896.379.014,83	35.253.204,45	738.527,89

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit von 1. Jänner 2002 bis 31. Dezember 2002

	2002 EUR	2002 EUR	2001 TEUR	2001 TEUR
1. Umsatzerlöse		183.475,05		232
2. Sonstige betriebliche Erträge				
a) Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	13.080.470,01		695	
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	268.329,46		3.547	
c) Übrige	2.595.026,23	15.943.825,70	4.608	8.850
3. Personalaufwand				
a) Löhne	0,00		56	
b) Gehälter	4.979.944,58		5.088	
c) Aufwendungen für Abfertigungen	343.771,22		1.307	
d) Aufwendungen für Altersversorgung	19.971.606,13		11.238	
e) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	870.491,34		1.072	
f) Sonstige Sozialaufwendungen	113.342,91	-26.279.156,18	101	-18.862
4. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-650.961,95		-1.169
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) Steuern, soweit sie nicht unter Z 20 fallen	17.325,02		50	
b) Übrige	22.490.258,01	-22.426.583,03	30.064	-30.114
6. Zwischensumme aus Z 1 bis 5 (Betriebserfolg)		-33.229.400,41		-41.063
7. Erträge aus Beteiligungen		98.594.809,37		472.256
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		1.139.888,83		1.121
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		26.996.559,38		31.148
10. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens		813.315,18		834.267
11. Aufwand aus dem Genussrechtsanspruch des Bundes		0,00		-626.101
12. Aufwand aus Kursverlusten aus dem Finanzbereich		-8.749.395,96		-11.475
13. Aufwendungen aus Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens				
a) Abschreibungen	18.242,50		8	
b) Aufwendungen aus Beteiligungen	34.584.000,00	-34.602.242,50	262.620	-262.628
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-130.725.634,96		-197.947
15. Zwischensumme aus Z 7 bis 14 (Finanzerfolg)		-46.532.700,66		240.641
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-79.762.101,07		199.578

	2002 EUR	2002 EUR	2001 TEUR	2001 TEUR
17. Außerordentliche Erträge		0,00		30.276
18. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		-42.622
19. Außerordentliches Ergebnis		0,00		-12.364
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-3.500,00		-3
21. Jahresfehlbetrag/-überschuss		-79.765.601,07		187.229
22. Auflösung unverteuerter Rücklagen		154.541,53		866
Jahresverlust/-gewinn		-79.611.059,54		188.095
23. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		340.707.937,30		152.613
24. Bilanzgewinn		261.096.877,76		340.708

Entwicklung der unverteuerten Rücklagen

	Stand 1.1.2002 EUR	Auflösung EUR	Stand 31.12.2002 EUR
Investitionsfreibetrag gemäß § 10 EStG			
1998	96.936,34	96.936,34	0,00
1999	93.036,98	57.546,33	35.490,65
2000	121,00	58,86	62,14
	190.094,32	154.541,53	35.552,79

Anhang

A. Grundsätzliche Ausführungen

Die Gesellschaft befindet sich im alleinigen Eigentum der Republik Österreich.

Die Gesellschaft wurde durch das ÖIG-Gesetz, BGBl. Nr. 23/1967, geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 439/1984, errichtet. In weiterer Folge kam es zu mehreren, die Rechtsgrundlage der Gesellschaft betreffenden Gesetzesänderungen.

Mit dem Bundesgesetz über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft und der Post und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft (ÖIAG-Gesetz 2000), BGBl. I Nr. 24/2000, wurde die Gesellschaft auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt.

Der Jahresabschluss basiert auf dem im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2003 geänderten ÖIAG-Gesetz 2000. Aus derzeitiger Sicht wird erwartet, dass die im Nationalrat bereits beschlossene Gesetzesänderung im August 2003 in Kraft treten wird.

Die wesentlichen Aufgaben der Gesellschaft sind gemäß § 1 Abs. 2 ÖIAG-Gesetz 2000 die Abgabe von Anteilen (Privatisierungsmanagement), das Halten, die Verwaltung und die Ausübung von Anteilsrechten (Beteiligungsmanagement) an Unternehmen, an denen die ÖIAG beteiligt ist oder die ihr künftig durch Bundesgesetz oder Rechtsgeschäft übertragen werden (Beteiligungsgesellschaften), sowie der Erwerb von Anteilsrechten gemäß § 9 Abs. 2 und 3 ÖIAG-Gesetz 2000.

Durch das ÖIAG-Gesetz 2000 wurde dem Bund ein obligatorischer Genussrechtsanspruch auf 80 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften eingeräumt, der mit der Höhe der Rückforderungsansprüche für Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden, begrenzt ist. 20 % der Gewinne dienen zur Tilgung des in der Bilanz der ÖIAG ausgewiesenen nachrangigen Gesellschafterdarlehens. Nach Tilgung des Gesellschafterdarlehens erhöht sich der Anspruch des Bundes auf 100 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften.

Die bestehenden Haftungen des Bundes für Verbindlichkeiten der ÖIAG und der Post und Telekombeteiligungsgesellschaft werden bis zur Tilgung dieser Verbindlichkeiten aufrechterhalten.

Auf der Grundlage des Privatisierungsauftrags hat die ÖIAG in 2002 die Strohal Rotationsdruck GmbH veräußert und Vorarbeiten für die Privatisierung weiterer Gesellschaften geleistet.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierung und Bewertung ist nach Going-Concern-Gesichtspunkten unter Anwendung des Vorsichts- und des imparitätischen Realisationsprinzips erfolgt. Die Gliederung entspricht den gesetzlichen Vorschriften, bisherige Bilanzierungsgrundsätze wurden beibehalten. Die im Berichtsjahr angewandten Bewertungsmethoden haben gegenüber dem Vorjahr keine Änderungen erfahren. Bilanzierungshilfen wurden nicht in Anspruch genommen.

Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bewertet und nach der linearen Methode planmäßig abgeschrieben. Die Abschreibungssätze betragen 25–33,3 %.

Die Bewertung der **Sachanlagen** erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen, die grundsätzlich nach der linearen Methode ermittelt werden. Außerplanmäßige Abschreibungen werden im Falle einer voraussichtlich dauernden Wertminderung vorgenommen.

Geringwertige Vermögensgegenstände (Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis EUR 400,-) werden im Zugangsjahr zur Gänze abgeschrieben und als Abgang gezeigt.

Der planmäßigen Abschreibung beim Sachanlagevermögen liegen folgende Abschreibungssätze zugrunde:

Bauten:	1,7–10 %
Betriebs- und Geschäftsausstattung und Technische Anlagen:	10–25 %

Anteile an Beteiligungen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bilanziert. Dauernden Wertminderungen wird durch den Ansatz von außerplanmäßigen Abschreibungen Rechnung getragen.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten bzw. bei Wertminderungen zum niedrigeren Wert am Abschlussstichtag ausgewiesen.

Die sonstigen Ausleihungen werden grundsätzlich mit Nennwerten bzw. mit den niedrigeren Barwerten am Bilanzstichtag bewertet.

Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert aktiviert. Erkennbaren Risiken wird durch die Bildung entsprechender Wertberichtigungen Rechnung getragen. Unverzinsliche bzw. niedrig verzinsliche Forderungen werden abgezinst.

Rückstellungen/Verbindlichkeiten

Die Rückstellungen für Abfertigungen werden zum Bilanzstichtag mit dem sich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ergebenden Betrag angesetzt. Dabei wird das Teilwertverfahren mit einem Rechnungszinssatz von 6 % p.a. angewendet. Die Höhe der Rückstellungen für Pensionen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines 3,5 %-igen Rechnungszinssatzes und der Teilwertmethode ermittelt. Als Rechnungsgrundlage dienen die Tabellen AVÖ 1999-P (Angestellte).

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten die bis zum Bilanzstichtag erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Fremdwährungsbeträge werden nach dem Niederst- bzw. Höchstwertprinzip bewertet.

B. Erläuterung der Bilanz

a. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Die Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen betragen im folgenden Geschäftsjahr EUR 0,43 Mio. Der Gesamtbetrag der folgenden fünf Jahre beläuft sich auf EUR 2,16 Mio.

b. Finanzanlagen

Die Entwicklung der Finanzanlagen ist im Anlagenspiegel detailliert dargestellt.

Die Wertpapiere beinhalten Investmentfondsanteile zur Wertpapierdeckung für die Rückstellungen für Abfertigungen, Pensionen und Jubiläen, sowie für allfällige Nachschussverpflichtungen für an die APK Pensionskasse übertragene Rückstellungen.

Die sonstigen Ausleihungen enthalten am Bilanzstichtag ein langfristiges Darlehen von EUR 0,03 Mio; davon haben EUR 0,02 Mio eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

c. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Posten	Bilanzwert EUR Mio
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (im Vorjahr)	0,03 (6,04)
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (im Vorjahr)	0,35 (0,29)
sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände (im Vorjahr)	10,03 (7,73)
Summe (Summe Vorjahr)	10,41 (14,06)

d. Rückforderungsansprüche für Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich an die ÖIAG refundiert werden

Gemäß § 14 Abs. 5 des ÖIAG-Gesetzes 2000 erlischt die Refundierungsverpflichtung des Bundes in dem Ausmaß, in dem ihr nach Maßgabe des Zufließens von Privatisierungsgewinnen bei der ÖIAG entstandene Genussrechtsansprüche gemäß § 13 Abs. 2 aufrechenbar gegenüberstehen (§ 1348 ABGB). Im Jahr 2002 entstanden keine Genussrechtsansprüche des Bundes. Die Rückforderungsansprüche blieben daher zum 31. Dezember 2002 mit EUR 1.977,87 Mio unverändert.

e. Rechnungsabgrenzungsposten

Die ausgewiesenen Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Ausgaben vor dem 31. Dezember 2002, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

f. Grundkapital

Das Grundkapital von EUR 363.365.000,- ist geteilt in 5.000 Stück Aktien.

g. Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten vor allem Vorsorgen für Beteiligungen in Höhe von EUR 26,16 Mio, Vorsorgen für nicht verbrauchte Urlaube, Jubiläumsgelder und sonstige Personalaufwendungen (EUR 39,34 Mio) und eine Vorsorge für den Entschädigungsfonds (EUR 33,34 Mio).

h. Verbindlichkeiten, deren Zinsen und Rückzahlungen von der Republik Österreich refundiert werden

Diese Verbindlichkeiten beliefen sich zum Bilanzstichtag auf EUR 1.977,87 Mio.

i. Verbindlichkeiten

Posten	Mit einer Rest-	Mit einer Rest-	Bilanzwert
	laufzeit bis zu einem Jahr	laufzeit von mehr als einem Jahr	
	EUR Mio	EUR Mio	EUR Mio
Gesellschafterdarlehen	67,62	0,00	67,62
(im Vorjahr)	(67,99)	(0,00)	(67,99)
Anleihen	0,00	0,00	0,00
(im Vorjahr)	(2,18)	(0,00)	(2,18)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	345,47	266,19	611,66
(im Vorjahr)	(61,64)	(602,91)	(664,55)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2,90	0,00	2,90
(im Vorjahr)	(3,87)	(0,00)	(3,87)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29,57	0,00	29,57
(im Vorjahr)	(25,54)	(0,00)	(25,54)
sonstige Verbindlichkeiten	18,23	0,00	18,23
(im Vorjahr)	(25,24)	(0,00)	(25,24)
Summe	463,79	266,19	729,98
(Summe Vorjahr)	(186,46)	(602,91)	(789,37)

Der § 13 Abs. 1 des ÖIAG-Gesetzes 2000 sieht vor, dass 20 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften zur Tilgung des nachrangigen Gesellschafterdarlehens zu verwenden sind. Die Restlaufzeit des Gesellschafterdarlehens ist daher von der Erzielung von Gewinnen aus Privatisierungen abhängig.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind EUR 19,88 Mio nach dem 31. Dezember 2007 fällig.

Den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – sie gingen im Rahmen des ÖIAG-Gesetzes 2000 durch Verschmelzung auf die ÖIAG über – von EUR 611,66 Mio stehen Wertpapiere und Guthaben bei Kreditinstituten von zusammen EUR 619,13 Mio gegenüber, die entsprechend dem ÖIAG-Gesetz zur Tilgung heranzuziehen sind, aus denen aber auch die Zinszahlungen 2003 für die Verbindlichkeiten mit Refundierungsverpflichtung des Bundes zu leisten sind.

C. Erläuterung der Gewinn- und Verlustrechnung

a. Umsatzerlöse

	2002	2001
	EUR Mio	EUR Mio
Umlagen	0,07	0,07
Sonstige	0,11	0,16
Umsatzerlöse Inland	0,18	0,23

b. Sonstige betriebliche Erträge

	2002	2001
	EUR Mio	EUR Mio
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	13,08	0,69
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0,27	3,55
übrige	2,59	4,61
	15,94	8,85

Die übrigen betrieblichen Erträge 2002 beinhalten vor allem laufende Erträge wie Mietenerträge und Kostenvergütungen.

c. Personalaufwand

	2002	2001
	EUR Mio	EUR Mio
Löhne	0,00	0,05
Gehälter	4,98	5,09
Aufwendungen für Abfertigungen	0,35	1,31
Aufwendungen für Altersversorgung	19,97	11,24
Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	0,87	1,07
sonstige Sozialaufwendungen	0,11	0,10
	26,28	18,86

d. Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2002	2001
	EUR Mio	EUR Mio
Steuern, soweit sie nicht unter Steuer vom Einkommen und vom Ertrag fallen	0,02	0,05
übrige	22,41	30,06
	22,43	30,11

In den übrigen betrieblichen Aufwendungen sind neben Aufwendungen für die Privatisierung von Beteiligungsgesellschaften unter anderem Betriebs- und Verwaltungskosten für Liegenschaften, Mieten, Honorare, Wertberichtigungen enthalten.

e. Beteiligungsergebnis

	2002	2001
	EUR Mio	EUR Mio
	98,59	472,26
Dividendenerträge	-34,58	-262,63
Aufwendungen aus Beteiligungen	64,01	209,63

f. Zinsenergebnis

	2002	2001
	EUR Mio	EUR Mio
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27,00	31,15
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-130,73	-197,95
	-103,73	-166,80

g. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens

Die Erträge von EUR 0,81 Mio stammen im Wesentlichen aus der Zuschreibung zu Wertpapieren.

h. Aufwand aus Kursverlusten aus dem Finanzbereich

Auf Grund des im Vergleich zum Buchkurs höheren Kurses ergibt sich bei den Verbindlichkeiten in Schweizer Franken für das Geschäftsjahr 2002 ein Kursverlust in Höhe von EUR 8,75 Mio.

i. Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn beträgt EUR 261,10 Mio. Entsprechend dem ÖIAG-Gesetz 2000 ist es primäres Ziel, auf der Grundlage einer mittel- und langfristigen Finanzplanung liquide Mittel zur Tilgung des nachrangigen Gesellschafterdarlehens und der Refundierungsansprüche sowie zur Tilgung der durch die Verschmelzung auf die ÖIAG übergegangenen Verbindlichkeiten zu verwenden. Der Bilanzgewinn unterliegt den allgemeinen aktienrechtlichen Bestimmungen über die Gewinnverteilung. Nach dem ÖIAG-Gesetz hat der Vorstand in den Vorschlag über die Gewinnverteilung eine Vorschaurechnung aufzunehmen, in welchem Ausmaß Privatisierungserlöse für das laufende und das folgende Geschäftsjahr für Zinsenzahlungen auf Grundlage einer vorsichtigen Finanzplanung benötigt werden.

D. Organe, Arbeitnehmer

a. In 2002 waren im Jahresdurchschnitt in der ÖIAG 50 (Vorjahr: 54) Dienstnehmer beschäftigt

b. Pensionen und Abfertigungen

Aufwand für Abfertigungen	2002	2001
	EUR Mio	EUR Mio
Vorstand und leitende Angestellte	0,19	1,10
Sonstige Arbeitnehmer	0,15	0,20
Summe	0,34	1,30

Aufwand für Pensionen	2002	2001
	EUR Mio	EUR Mio
Vorstand und leitende Angestellte	0,56	0,50
Sonstige Arbeitnehmer	19,41	10,74
Summe	19,97	11,24

Der Anstieg der Pensionen für sonstige Arbeitnehmer resultiert aus Nachschussverpflichtungen für Pensionen, die zur Gestionierung an die APK Pensionskasse AG übertragen worden sind; die zum 31. Dezember 2002 passivierten Nachschussverpflichtungen ergaben sich aus dem negativen Veranlagungserfolg der betreffenden Veranlagungs- und Risikogemeinschaft und der Umstellung der versicherungsmathematischen Berechnungsgrundlagen auf die Tabellen AVÖ 1999-P (Angestellte). Diese Tabellen basieren auf der gestiegenen Lebenserwartung der Leistungsempfänger. Die Pensionsverpflichtungen (Leistungsempfänger am 31. Dezember 2002: 402 Personen) stammen vor allem aus früheren Verschmelzungen von Firmen (Vereinigte Edelstahlwerke AG/Austrian Industries AG) auf die ÖIAG.

c. Die Bezüge des Aufsichtsrats beliefen sich auf EUR 0,18 Mio.

d. Vorstand

Dr. Peter MICHAELIS
Dipl.-Ing. Rainer WIELTSCH (seit 1. Mai 2002)

e. Aufsichtsratsmitglieder**Dipl.-Bwt. Alfred H. HEINZEL***Vorsitzender*

Geschäftsführer der Heinzl, Bunzl Beteiligungs- und Liegenschaftsverwaltungs (Holding) GmbH

Prof. Dipl.-Ing. Jürgen HUBBERT*Erster stellvertretender Vorsitzender*

Mitglied des Vorstands der Daimler Chrysler AG, Geschäftsfeld Mercedes-Benz PKW und Smart

Prof. DDr. Hellwig TORGLER*Zweiter stellvertretender Vorsitzender*

Rechtsanwalt, Schönherr Rechtsanwälte

Dr. Paul ACHLEITNER

Mitglied des Vorstands der Allianz AG

Dr. Karl BÜCHE

Vorsitzender des Vorstands der BBAG Österreichische Brau-Beteiligungs-AG (seit 28. Juni 2002)

Dr. Astrid GILHOFER

Mitglied des Vorstands der P Beteiligungs AG (seit 28. Juni 2002)

Dr. Cornelius GRUPP

Vorsitzender des Aufsichtsrats der CAG Holding GmbH (bis 28. Juni 2002)

Franz RAUCH

Geschäftsführer der RAUCH Fruchtsäfte GmbH (bis 28. Juni 2002)

Veit SCHALLE

Vorsitzender des Vorstands der REWE Austria AG

Dr. Veit SORGER

Vorsitzender des Vorstands der Frantschach AG

Dr. Paul TANOS

Geschäftsführender Gesellschafter der P. TANOS Immo- und Consulting GmbH (bis 28. Juni 2002)

Dr. Erich WIESNER

Geschäftsführer der Wiesner-Hager Baugruppe GmbH

KR Ing. Siegfried WOLF

Präsident & CEO der Magna Steyr AG & Co KG (seit 28. Juni 2002)

Ing. Leopold ABRAHAM

Vorsitzender des Zentralbetriebsrats der OMV AG

Anton BENEDER

Vorsitzender der Konzernvertretung der VA TECH ELIN EBG GmbH (seit 6. Juni 2002)

Gerhard FRITZ

Vorsitzender des Zentralausschusses der Österreichische Post AG

Erich HUHDORF

Vorsitzender des Zentralausschusses der Telekom Austria AG

Josef LETTMAIER

Vorsitzender des Angestelltenbetriebsrats der Elin EBG Elektrotechnik GmbH (bis 15. März 2002)

Helmut OBERCHRISTL

Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrats der voestalpine Stahl Linz GmbH

E. Beteiligungsspiegel

Firma	Sitz	Angaben für Eigenkapital bzw. Ergebnis	Eigenkapital EUR Mio	Anteil am Kapital %	Jahresüberschuss (Fehlbetrag) EUR Mio
APK Pensionskasse AG	Wien	2001	13,76	27,3	-0,27
Austrian Airlines Österreichische Luftverkehrs AG	Wien	2002	345,60	39,7	-73,30
BÖHLER-UDDEHOLM AG	Wien	2002	370,94	25,0	25,71
IMIB AG	Linz	2001	17,63	100,0	-3,32
ÖIAG-Bergbauholding AG	Wien	2002	14,17	100,0	0,45
Österreichische Post AG	Wien	2002	671,49	100,0	18,73
Österreichische Postbus AG	Wien	2002	77,34	100,0	-12,71
OMV AG	Wien	2002	1.913,87	35,0	219,92
SCHOELLER-BLECKMANN GmbH	Ternitz	2002	3,79	99,0	0,14
Telekom Austria AG	Wien	2002	2.018,50	47,2	-92,81
VOEST-ALPINE TECHNOLOGIE AG	Linz	2002	400,35	24,0	-15,99
VOEST-ALPINE AG	Linz	2002/2003	1.110,57	34,7	80,32
VOEST-ALPINE Steinel GmbH	Linz	2002	0,12	100,0	0,00

Die Angaben zum Eigenkapital und zum Jahresüberschuss (Fehlbetrag) betreffen die Einzelabschlüsse der genannten Gesellschaften.

Durch das Bundesgesetz vom 26. April 2000, das am 17. Mai 2000 in Kraft getreten ist (ÖIAG-Gesetz 2000), wird die Bildung eines Konzernverhältnisses zwischen der ÖIAG und ihren Beteiligungsgesellschaften ausdrücklich ausgeschlossen.

Die ÖIAG hat darauf hinzuwirken, dass bei von ihr unmittelbar mehrheitlich gehaltenen Beteiligungen die zur Herstellung möglichst günstiger Voraussetzungen für die Privatisierung erforderlichen Maßnahmen gesetzt werden. Nur zur Erreichung dieser Ziele kann die ÖIAG Weisungen erteilen und Richtlinien erlassen.

Wien, am 3. Juli 2003

Der Vorstand

Dr. Peter Michaelis e.h.

Dipl.-Ing. Rainer Wieltch e.h.

Bestätigungsvermerk

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil abgibt. Aufgrund des Ergebnisses der von uns durchgeführten Prüfung erteilen wir folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

”Der Jahresabschluss wurde auf Grund der Vorschriften des im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2003 geänderten ÖIAG-Gesetzes 2000 aufgestellt. Das Budgetbegleitgesetz 2003 wurde am 11. Juni 2003 im Nationalrat beschlossen, ist aber bis zum Testzeitpunkt noch nicht in Kraft getreten. Der vorliegende Bestätigungsvermerk erfolgt daher unter der aufschiebenden Bedingung, dass das im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2003 geänderte ÖIAG-Gesetz 2000, welches am 11. Juni 2003 vom Nationalrat beschlossen wurde, in Kraft tritt.

Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss.“

Wien, am 3. Juli 2003

 ERNST & YOUNG

Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungsgesellschaft m.b.H.

Dr. Alfred Brogányi e.h.
Wirtschaftsprüfer

Mag. Gerhard Schwartz e.h.
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung über das Geschäftsjahr 2002

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2002 in Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben sechs Plenarsitzungen und eine Ausschusssitzung abgehalten. Schwerpunkte der Tätigkeit des Aufsichtsrats waren die Bestellung eines zweiten Vorstandsmitglieds sowie die Beratungen und Beschlüsse im Zusammenhang mit weiteren Privatisierungen; diese betrafen insbesondere die Änderung des mit Telecom Italia abgeschlossenen Syndikatsvertrags über die Beteiligung an der Telekom Austria AG, die eine wesentliche Voraussetzung für künftige Privatisierungsschritte bei der Telekom Austria AG darstellt, ferner die Beteiligung der ÖIAG an einer Kapitalerhöhung der voestalpine AG, den Verkauf der Österreichische Postbus AG sowie den Verkauf der Liegenschaft Rennweg 16. Weitere wichtige Beratungen erfolgten im Zusammenhang mit einem neuen Unternehmenskonzept der ÖIAG.

Wie schon in den vergangenen Geschäftsjahren wurde dem Aufsichtsrat auch im Geschäftsjahr 2002 von den Vorstandsmitgliedern der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften, insbesondere von den Vorstandsvorsitzenden der börsennotierten Beteiligungsgesellschaften, über die Situation der jeweiligen Gesellschaft berichtet.

Der Vorstand der ÖIAG hat dem Aufsichtsrat schriftlich und mündlich über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft, der Beteiligungsgesellschaften und der gesamten ÖIAG-Gruppe berichtet und in jenen Geschäftsfällen, in denen dies nach den Bestimmungen der Satzung oder der Geschäftsordnung erforderlich war, die Zustimmung des Aufsichtsrats eingeholt.

Im vergangenen Geschäftsjahr hat der Aufsichtsrat wegen Ablauf der Funktionsperiode von zwei Aufsichtsratsmitgliedern und Rücktritt eines weiteren Aufsichtsratsmitglieds erstmals gemäß § 4 ÖIAG-Gesetz 2000 selbst drei neue Mitglieder bestellt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden durch die Europa Treuhand Ernst & Young, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H., nunmehr: Ernst & Young, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H., geprüft.

Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss 2002, der damit gemäß § 125 Abs. 2 Aktiengesetz festgestellt ist; der Aufsichtsrat schließt sich auch dem Vorschlag des Vorstands an, vom Bilanzgewinn von EUR 261.096.877,76 eine Dividende von EUR 200.000.000,- auszuschütten und den verbleibenden Betrag von EUR 61.096.877,76 in eine Rücklage einzustellen.

Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung gemäß § 270 Abs.1 HGB vor, für die Prüfung des Jahresabschlusses 2003 die Ernst & Young, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft m.b.H., zum Abschlussprüfer zu bestellen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft für ihre im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit.

Wien, am 10. Juli 2003

Alfred H. Heinzl e.h.
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Privatisierung

&

gsauftrag

ÖIAG-Gesetz

gsauftrag

ÖIAG-Gesetz

Der aktuelle Privatisierungsauftrag

Privatisierungsauftrag der Österreichischen Bundesregierung gemäß § 7 Abs. 1 ÖIAG-Gesetz 2000

Entsprechend dem Beschluss des Ministerrats vom 1. April 2003 wird dem Vorstand der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft folgender Privatisierungsauftrag erteilt:

Die Privatisierungen sollen zu einer möglichst hohen Wertsteigerung der Unternehmen führen und einen möglichst hohen Erlös für den Eigentümer erbringen. Zusätzlich sind die österreichischen Interessen wie folgt zu wahren:

- Schaffung bzw. Erhaltung sicherer Arbeitsplätze in Österreich.
- Nach Möglichkeit Aufrechterhaltung der Entscheidungszentralen der zu privatisierenden Unternehmen in Österreich.
- Erhaltung und Ausbau der bestehenden Forschungs- und Entwicklungskapazitäten durch Schaffung österreichischer Kernaktionärsstrukturen durch Syndikate mit industriellen Partnern, Banken, Versicherungen, Pensionskassen, Vorsorgekassen, Fonds etc.
- Berücksichtigung des österreichischen Kapitalmarkts.

Für nachstehende Unternehmen oder Anteile an Unternehmen wird eine 100 %-ige Privatisierung angestrebt:

- BÖHLER-UDDEHOLM AG
- VA Technologie AG
- voestalpine AG
- ÖIAG-Bergbauholding AG

Für die Telekom Austria AG ist die Privatisierung bis zu 100 % anzustreben. Für die Österreichische Post AG wird ein strategischer Partner gesucht und damit ein erster Privatisierungsschritt unter der Voraussetzung der flächendeckenden Erhaltung der Servicequalität und Verbesserung der Unternehmensstruktur im Interesse der Steuerzahler und Konsumenten vorgenommen.

Für die Österreichische Postbus AG ist nach Abgabe von 100 % der Aktien an die ÖBB nach Durchführung des gesetzlich möglichen kartellgerichtlichen Prüfungsverfahrens und Erfüllung allfälliger kartellgerichtlicher Auflagen die Übertragung eines maßgeblichen Teils der Österreichischen Postbus AG an private Wettbewerber sicherzustellen.

Die Erstellung konkreter Privatisierungskonzepte der ÖIAG für jede einzelne Beteiligung hat in enger Abstimmung mit dem Bundesminister für Finanzen zu erfolgen.

Erteilt im Rahmen der a.o. Hauptversammlung der ÖIAG am 9. Mai 2003.

Konkretisierung des Privatisierungsauftrags der Bundesregierung hinsichtlich der voestalpine AG an die Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG) vom 1. April 2003

In der Sitzung des Ministerrats am 1. April 2003 wurde der Bericht des Bundesministers für Finanzen betreffend den Privatisierungsauftrag der Bundesregierung an die ÖIAG beschlossen.

Die gemäß dem Privatisierungsauftrag der Bundesregierung von der ÖIAG durchzuführenden Privatisierungen sollen zu einer möglichst hohen Wertsteigerung der Unternehmen führen und einen möglichst hohen Erlös für den Eigentümer erbringen. Zusätzlich sind die österreichischen Interessen wie folgt zu wahren:

- Schaffung bzw. Erhaltung sicherer Arbeitsplätze in Österreich.
- Nach Möglichkeit Aufrechterhaltung der Entscheidungszentralen der zu privatisierenden Unternehmen in Österreich durch Schaffung österreichischer Kernaktionärsstrukturen durch Syndikate mit industriellen Partnern, Banken, Versicherungen, Pensionskassen, Vorsorgekassen, Fonds etc.
- Erhaltung und Ausbau der bestehenden Forschungs- und Entwicklungskapazitäten.
- Berücksichtigung des österreichischen Kapitalmarkts.

Der erteilte Privatisierungsauftrag sieht unter anderem vor, dass für die voestalpine AG eine 100 %-ige Privatisierung angestrebt wird.

In Konkretisierung des erteilten Privatisierungsauftrags soll nunmehr die ÖIAG beauftragt werden, die zwei Optionen der Privatisierung der voestalpine AG über die Börse und der Privatisierung der voestalpine AG im Wege von Finanzinvestoren zu prüfen.

Ziel ist,

1. dass das Unternehmen eine österreichische Kernaktionärsstruktur behält,
2. die Wahrung der Einheit des Unternehmens,
3. Erhaltung und Ausbau der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten,
4. die Aufrechterhaltung der Entscheidungszentrale in Österreich.

Erteilt im Rahmen der a.o. Hauptversammlung der ÖIAG am 4. Juli 2003.

Das ÖIAG-Gesetz 2000

Bundesgesetz vom 26. April 2000 über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft und der Post und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft (ÖIAG-Gesetz 2000)

BGBI. I Nr. 24/2000

Artikel I

Organisation / Satzung / Aufgaben der ÖIAG

Firma, Gegenstand, Grundkapital

§ 1

- (1) Die Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft (ÖIAG) hat ihren Sitz in Wien.
- (2) Wesentliche Aufgaben der Gesellschaft sind
 - a) die Abgabe von Anteilen (Privatisierungsmanagement),
 - b) das Halten, die Verwaltung und die Ausübung von Anteilsrechten (Beteiligungsmanagement) an Unternehmen, an denen die ÖIAG beteiligt ist oder die ihr künftig durch Bundesgesetz oder Rechtsgeschäft übertragen werden (Beteiligungsgesellschaften), sowie
 - c) der Erwerb von Anteilsrechten gemäß § 9 Abs. 2 und 3.
 Die genannten Aufgaben sind jedenfalls in die Satzung der Gesellschaft aufzunehmen.
 Das Grundkapital beträgt EUR 363.365.000,- und ist geteilt in 5.000 Stück Stückaktien.

Hauptversammlung

§ 2

Die Eigentümerrechte des Bundes in der Hauptversammlung werden durch den Bundesminister für Finanzen ausgeübt.

Aufsichtsrat

§ 3

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus fünfzehn Mitgliedern.
- (2) Der Aufsichtsrat hat Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat zu beschließen.
- (3) Der Aufsichtsrat hat einen Bilanzausschuss und einen Privatisierungsausschuss einzurichten. Über die Einrichtung von weiteren Ausschüssen entscheidet der Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit. Den Ausschüssen haben zumindest drei Mitglieder des Aufsichtsrates anzugehören; dies gilt nicht für Ausschüsse, welche die Beziehungen zwischen der Gesellschaft und den Mitgliedern des Vorstandes behandeln.

Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder

§ 4

- (1) Zehn Mitglieder des Aufsichtsrates sollen für ihre Leistungen allgemein anerkannte Unternehmer aus der Wirtschaft, Geschäftsführungsmitglieder von Gesellschaften des Handelsrechts oder Persönlichkeiten mit langjähriger Erfahrung im Wirtschaftsleben sein. Die Bestellung und Abberufung erfolgt im Wege der Beschlussfassung durch den Kreis dieser Aufsichtsratsmitglieder.
- (2) Die Bestellung durch den Aufsichtsrat bedarf einer Mehrheit dieser Aufsichtsratsmitglieder; im Fall der Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, im Falle seiner Verhinderung jene des stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates. Die vorzeitige Abberufung durch den Aufsichtsrat bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln dieser Mitglieder; ein Mitglied, das vorzeitig abberufen werden soll, ist bei dieser Beschlussfassung vom Stimmrecht ausgeschlossen. Eine Wiederbestellung von Aufsichtsratsmitgliedern im Sinne des § 4 Abs. 1 ist nicht möglich; dies gilt nicht für Personen, die für ein vorzeitig ausgeschiedenes Mitglied als Ersatz gewählt worden sind. § 87 Abs. 3 AktG bleibt mit der Maßgabe unberührt, dass für den Widerruf der Bestellung zum Aufsichtsratsmitglied ein

wichtiger Grund vorliegen muß; die Satzung der ÖIAG kann dazu eine nähere Regelung treffen. Der Widerruf ist wirksam, solange nicht über seine Unwirksamkeit rechtskräftig entschieden ist.

- (3) Die Bestellung jedes Aufsichtsratsmitgliedes im Sinne des § 4 Abs. 1 erfolgt bis zum Ablauf jener Hauptversammlung, die über die Entlastung für das siebente volle Geschäftsjahr nach der Wahl beschließt, wobei das Jahr der Wahl nicht eingerechnet wird. Soweit kein vorzeitiges Ausscheiden stattfindet, scheidet jedes zweite Jahr jeweils zwei Aufsichtsratsmitglieder bzw. im sechsten und im achten Jahr jeweils drei Aufsichtsratsmitglieder aus. Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens eines Mitgliedes ist eine Ersatzwahl für die restliche Funktionsperiode unverzüglich vorzunehmen.

Interessenvertreter der Arbeitnehmer

§ 5

- (1) Fünf Mitglieder des Aufsichtsrates werden von der Bundesarbeitskammer nominiert und von der Hauptversammlung bestellt. Die Nominierten müssen Mitglied des Betriebsrates oder der Personalvertretung in einem Unternehmen sein, an dem die ÖIAG direkt oder indirekt beteiligt ist.
- (2) Die Wahl der gemäß § 5 Abs. 1 gewählten Mitglieder des Aufsichtsrates erfolgt bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über das vierte Geschäftsjahr nach der Wahl beschließt; hiebei wird das Geschäftsjahr, in dem das Aufsichtsratsmitglied gewählt wird, nicht mitgerechnet. Die Wiederwahl ist zulässig.
- (3) Werden Aufsichtsratsausschüsse gebildet, haben die gemäß § 5 Abs. 1 gewählten Mitglieder das Recht, für je zwei sonstige Aufsichtsratsmitglieder ein von der Bundesarbeitskammer vorgeschlagenes Aufsichtsratsmitglied namhaft zu machen; dies gilt nicht für Ausschüsse, die die Beziehungen zwischen der Gesellschaft und den Mitgliedern des Vorstandes behandeln. Wird kein Vertreter namhaft gemacht, wird hiedurch die Beschlussfähigkeit des Ausschusses nicht berührt.

Bestellung des Aufsichtsrates nach Inkrafttreten

§ 6

Mit Ablauf jener Hauptversammlung, die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes stattfindet, scheidet alle bisherigen Mitglieder des Aufsichtsrates aus ihrer Funktion. In dieser Hauptversammlung ist der gesamte Aufsichtsrat neu zu wählen. Die Aufsichtsratsmitglieder im Sinne des § 4 sind über Vorschlag der Bundesregierung zu wählen. Bei der Wahl ist ausdrücklich festzuhalten, welche Mitglieder auf die

Gruppe nach § 4 entfallen und welche Mitglieder auf Vorschlag der Bundesarbeitskammer gemäß § 5 gewählt werden. Bei den Aufsichtsratsmitgliedern, die erstmals als Mitglieder nach § 4 gewählt werden, ist bei der Wahl die Reihenfolge ihres Ausscheidens festzulegen.

Privatisierungsmanagement

§ 7

- (1) In Erfüllung des jeweils für eine Legislaturperiode von der Bundesregierung beschlossenen Privatisierungsauftrages ist die ÖIAG mit der gänzlichen oder teilweisen Privatisierung jener Unternehmen betraut, deren Anteile ihr übertragen sind oder ihr künftig durch Bundesgesetz oder Rechtsgeschäft zur Privatisierung übertragen werden.
- (2) Die ÖIAG kann durch Bundesgesetz oder Rechtsgeschäft mit der Beratung und Durchführung der Privatisierung sonstiger im öffentlichen Eigentum stehender Unternehmen und Anteile betraut werden. Die ÖIAG kann in diesem Fall gemäß § 8 Abs. 1 bis 3 vorgehen.
- (3) Die ÖIAG entscheidet nach dem pflichtgemäßen Ermessen ihrer Organe, wann und in welchem Umfang Privatisierungen erfolgen. Dabei sind die Interessen der jeweiligen Beteiligungsgesellschaft, der ÖIAG sowie die Interessen des Bundes insbesondere im Hinblick auf die Bedienung der Schulden der ÖIAG abzuwägen zu berücksichtigen.

Privatisierungsverfahren

§ 8

- (1) Die ÖIAG hat darauf hinzuwirken, dass bei von ihr unmittelbar mehrheitlich gehaltenen Beteiligungen die zur Herstellung möglichst günstiger Voraussetzungen für die Privatisierung erforderlichen Maßnahmen gesetzt werden. Nur zur Erreichung dieser Ziele kann die ÖIAG Weisungen erteilen und Richtlinien erlassen. Im Übrigen gilt § 11 Abs. 2.
- (2) Die zu privatisierenden Gesellschaften und Unternehmen sowie Gesellschaften, an denen diese unmittelbar oder mittelbar mehrheitlich beteiligt sind, haben die ÖIAG aktiv und umfassend bei der Vorbereitung und Durchführung einer Privatisierung, insbesondere durch Erteilung von Informationen und Mitwirkung am Privatisierungskonzept zu unterstützen.
- (3) Jeder Bewerber ist vertraglich dazu zu verpflichten, Informationen, welche die zu privatisierende Beteiligungsgesellschaft betreffen und

die ihm während des Privatisierungsprozesses offen gelegt werden, vertraulich zu behandeln und ausschließlich für die Teilnahme am Privatisierungsverfahren zu verwenden.

- (4) Der Vorstand der ÖIAG hat dem Aufsichtsrat der ÖIAG für die Unternehmen, deren Privatisierung beabsichtigt ist, ein mehrjähriges Privatisierungsprogramm zur Genehmigung vorzulegen. Auf Basis dieses Privatisierungsprogrammes sind jährlich im Rahmen der Berichtspflicht gemäß § 81 Aktiengesetz 1965 Privatisierungskonzepte vorzulegen und vom Aufsichtsrat zu beschließen.
- (5) Der Vorstand der ÖIAG hat der Hauptversammlung anlässlich der Vorlage des Jahresabschlusses über den Fortgang der Umsetzung des Privatisierungsprogrammes zu berichten. Der Bundesminister für Finanzen berichtet in der Folge der Bundesregierung.

Beteiligungsmanagement

§ 9

- (1) Im Rahmen des Beteiligungsmanagements hat die ÖIAG an ihren Beteiligungsgesellschaften jenen Einfluss aufrechtzuerhalten, der es ihr ermöglicht, entweder
 - a) aufgrund des Haltens einer Beteiligung von 25 % und 1 Aktie am stimmberechtigten Grundkapital, oder
 - b) aufgrund von Rechten oder Verträgen mit Dritten Hauptversammlungsbeschlüsse, die nach dem Aktiengesetz mindestens einer Dreiviertelmehrheit bedürfen, mitzubestimmen. Dabei ist auf das nach der Satzung höchstmögliche stimmberechtigte Grundkapital abzustellen, sodass Höchststimmrechte außer Ansatz bleiben.
- (2) Die ÖIAG ist berechtigt, zur Aufrechterhaltung ihres Einflusses und soweit dies zur Einhaltung bestehender Verträge erforderlich ist, an Kapitalerhöhungen teilzunehmen.
- (3) Der Erwerb von Anteilen an Beteiligungsgesellschaften ist insoweit zulässig, als dies aufgrund bestehender Verträge, zur Sicherstellung eines Mindestanteils gemäß § 9 Abs. 1 lit. a) oder im Rahmen von Umstrukturierungen geboten ist; der Erwerb von Anteilen an Beteiligungsgesellschaften, an denen die ÖIAG vor diesem Erwerb bereits mindestens 25 % und 1 Aktie hält, ist lediglich vorübergehend zulässig.
- (4) Die ÖIAG ist weiters berechtigt, alle Maßnahmen zu ergreifen, die die Beteiligungsgesellschaften und deren Geschäftsbetrieb fördern. Zu diesem Zweck kann die ÖIAG geeignete Kooperationspartner am Grundkapital der Beteiligungsgesellschaft durch Abgabe von Anteilen oder über Kapitalerhöhungen beteiligen.

Umstrukturierungen

§ 10

- (1) Die ÖIAG ist zur Durchführung von Umstrukturierungen durch Maßnahmen der Umgründung jeder Form im Rahmen des bestehenden Gesellschaftsrechtes berechtigt. Vermögensübertragungen erfolgen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge; dies gilt insbesondere für Einbringungen gemäß Artikel III Umgründungssteuergesetz. Die Gesamtrechtsnachfolge erstreckt sich auch auf alle gesetzlich oder durch Verwaltungsakt eingeräumten Bewilligungen.
- (2) Umgründungsmaßnahmen gemäß § 10 Abs. 1 sind von den bundesgesetzlich geregelten Abgaben befreit; diese Befreiung erstreckt sich auch auf durch die Vermögensübertragungen verwirklichte Anteilsvereinigungen im Sinne des § 1 Abs. 3 Grunderwerbsteuergesetz.
- (3) Nach Umgründungsmaßnahmen gemäß § 10 Abs. 1 sind die grundbücherlichen Rechte gemäß § 136 Grundbuchgesetz unter Vorlage eines Firmenbuchauszuges richtigzustellen. Umgründungsmaßnahmen gemäß § 10 Abs. 1 lösen die Rechtsfolgen des § 12a Abs. 3 Mietrechtsgesetz nicht aus.
- (4) Soweit es nach § 10 Abs. 1 zu Vermögensübertragungen kommt, gelten diese nicht als steuerbare Umsätze im Sinne des Umsatzsteuergesetzes 1994.
- (5) Schuldübernahmen sind von den Gebühren gemäß § 33 Gebührengesetz 1957 befreit.
- (6) Schriften und Amtshandlungen, die mit Vorgängen gemäß § 10 Abs. 1 im Zusammenhang stehen, sind von Rechtsgeschäftsgebühren gemäß Gebührengesetz 1957 und den Gebühren des Gerichtsgebührengesetzes befreit.
- (7) § 4 Umgründungssteuergesetz gilt mit der Maßgabe, dass Verluste der übernehmenden und der übertragenden Gesellschaften jedenfalls abzugsfähig sind.
- (8) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 6 gelten auch für alle Beteiligungsgesellschaften, die zu 100 % direkt oder indirekt im Eigentum der ÖIAG stehen.

Allgemeines

§ 11

- (1) Auf die ÖIAG sind die Vorschriften des Aktiengesetzes anzuwenden, soweit sich aus diesem Gesetz nichts Anderes ergibt.
- (2) Die Bildung eines Konzernverhältnisses zwischen der ÖIAG und ihren Beteiligungsgesellschaften ist ausgeschlossen.
- (3) § 110 Arbeitsverfassungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung ist auf die ÖIAG nicht anzuwenden.
- (4) Die Bestimmungen über die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses (§§ 244 bis 267 Handelsgesetzbuch) sind auf die ÖIAG für Geschäftsjahre, die nach dem 31.12.1999 beginnen, nicht anzuwenden; insofern finden auch auf die Beteiligungsgesellschaften der ÖIAG in deren Verhältnissen zueinander die Bestimmungen des § 228 Abs. 3 Handelsgesetzbuch keine Anwendung.
- (5) Wird ein Vorstandsmitglied der ÖIAG in Aufsichtsräte von mehreren Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung, an denen die Gesellschaft direkt oder indirekt eine Beteiligung hält, gewählt, so werden diese Sitze nur als ein Sitz gerechnet; dies gilt sinngemäß für die Position des Vorsitzenden oder Stellvertreters. Diese Bestimmung darf aber nicht dazu führen, dass ein Vorstandsmitglied der ÖIAG mehr als 20 Aufsichtsratsitze inne hat.
- (6) Vorgänge zwischen dem Bund und der ÖIAG sind von den bundesgesetzlich geregelten Abgaben befreit.

Artikel II

Verschmelzung ÖIAG / PTBG / PTA

§ 12

- (1) Die Post und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft (PTBG) und die Post und Telekom Austria AG (PTA) (übertragende Gesellschaften) werden unter Ausschluss der Abwicklung durch Übertragung ihres Vermögens im Weg der Gesamtrechtsnachfolge auf die ÖIAG (übernehmende Gesellschaft) verschmolzen. Eine Gewährung von Aktien findet nicht statt, da der Bund an den übertragenden Gesellschaften und an der übernehmenden Gesellschaft im gleichen Verhältnis direkt oder indirekt beteiligt ist. Verschmelzungstichtag ist der 31.12.1999.

Der Verschmelzung sind die Jahresabschlüsse der übertragenden und der übernehmenden Gesellschaften zum 31.12.1999 zugrunde zu legen. Der Verschmelzungsgewinn ist in eine gebundene Kapitalrücklage einzustellen.

- (2) Auf die Verschmelzung gemäß § 12 Abs. 1 finden die Bestimmungen des Neunten Teils (§§ 219 bis 234) des Aktiengesetzes 1965 keine Anwendung. Die Bestimmungen über die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses (§§ 244 bis 267 Handelsgesetzbuch) sind auf die PTA für das Geschäftsjahr, das zum 31.12.1999 endet, nicht mehr anzuwenden.
- (3) Die ÖIAG ist Gesamtrechtsnachfolgerin der PTBG und der PTA in allen mit den Anteilsrechten der PTBG an der PTA und den Anteilsrechten der PTA an der Telekom Austria AG und der Österreichische Post AG rechtlich und wirtschaftlich zusammenhängenden Vermögensrechten, Vereinbarungen und Verbindlichkeiten. Die Kollektivvertragsfähigkeit der Post und Telekom Austria Aktiengesellschaft als Arbeitgeber gemäß § 19 Abs. 3 erster Satz Poststrukturgesetz geht auf die ÖIAG über. Soweit Unternehmen die Kollektivvertragsfähigkeit nach § 19 Abs. 3 zweiter Satz Poststrukturgesetz erlangt haben, bleiben diese weiter kollektivvertragsfähig. Die Bestimmungen des II. Teiles des Post-Betriebsverfassungsgesetzes, BGBl. Nr. 326/1996, gelten für die Unternehmen gemäß § 3 Z 3 des Post-Betriebsverfassungsgesetzes, an denen die ÖIAG direkt oder indirekt eine Beteiligung von mehr als 25 % hält.
- (4) Die Verschmelzung ist nur bei der übernehmenden Gesellschaft durch den Vorstand unter Vorlage der Schlussbilanzen der übertragenden Gesellschaften unverzüglich nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes zur Eintragung im Firmenbuch anzumelden. Das Firmenbuch hat die Verschmelzung bei allen beteiligten Gesellschaften gleichzeitig einzutragen und die Veröffentlichung zu veranlassen. Mit der Eintragung der Verschmelzung im Firmenbuch geht das Vermögen der übertragenden Gesellschaften einschließlich der Schulden auf die übernehmende Gesellschaft über. Die übertragenden Gesellschaften erlöschen; einer besonderen Löschung der übertragenden Gesellschaften bedarf es nicht.
- (5) Die Anteilsrechte an der Gebühreninkasso Service GmbH sind nach Eintragung der Verschmelzung gemäß § 12 Abs. 1 im Firmenbuch an die Österreichische Post AG zu übertragen.

Artikel III

Finanzierung / Privatisierungserlöse / Bundeshaftung

§ 13

- (1) Das in der Bilanz der ÖIAG zum 31.12.1999 mit einem Betrag von ATS 5.682.000.000,-¹ ausgewiesene nachrangige Gesellschafterdarlehen wird in Höhe von 20 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften der ÖIAG getilgt. Die Tilgungen sind drei Monate nach Zufließen des Privatisierungserlöses fällig. Die Verzinsung des Gesellschafterdarlehens entspricht dem jeweiligen Monatsdurchschnittswert des Eurogeldmarktsatzes für 3 Monate (Euribor) gemäß Tabelle 3.1.0 des Statistischen Monatsheftes der Oesterreichischen Nationalbank. Es kommt der Monatsdurchschnittswert jenes Monats, der dem Kalenderquartal für das dieser Zinssatz gilt, unmittelbar vorangeht, als Zinssatz zur Anwendung. Die Verzinsung wird vierteljährlich jeweils zum 1. eines Kalenderquartals angepasst. Die Zinszahlungen erfolgen vierteljährlich jeweils zum Quartalsende im Nachhinein.
- (2) Im Zusammenhang mit Artikel II § 12 erhält der Bund weiters einen obligatorischen Genussrechtsanspruch auf 80 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften der ÖIAG eingeräumt. Dieser Genussrechtsanspruch ist mit der Höhe der Refundierungsansprüche der ÖIAG gemäß § 14 Abs. 2 begrenzt. Darüber hinaus gewährt das Genussrecht dem Bund keine Rechte. Nach Tilgung des nachrangigen Gesellschafterdarlehens gemäß § 13 Abs. 1 erhöht sich der Genussrechtsanspruch auf 100 % der Gewinne aus Privatisierungen von Beteiligungsgesellschaften.
- (3) Die Gewinne aus Privatisierungen im Sinne von § 13 Abs. 1 und 2 errechnen sich wie folgt: Vom jeweiligen Veräußerungserlös abzüglich dem jeweiligen Buchwert gemäß letztem Jahresabschluss sind alle mit der Vorbereitung und der Durchführung der Veräußerung verbundenen Aufwendungen, sowie die allfälligen Steuern, Abgaben und Vorausleistungen der ÖIAG abzuziehen.

§ 14

- (1) Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes bestehenden Haftungen des Bundes für Verbindlichkeiten der ÖIAG bleiben aufrecht.
- (2) Der Bund ist verpflichtet, der ÖIAG die Ausgaben für Zinsen und Tilgungen von Anleihen, Darlehen und Krediten, die die ÖIAG mit Bundeshaftung aufgenommen hat, und für die eine Refundierungsverpflichtung des Bundes besteht, so rechtzeitig zu ersetzen, dass die ÖIAG ihre diesbezüglichen Verpflichtungen termingerecht erfüllen kann. Dies gilt auch für Anleihen, Darlehen und Kredite, welche die

ÖIAG im Wege der Umschuldung oder zum Zweck der Umschuldung mit Haftung des Bundes aufgenommen hat, sowie für Darlehen, welche die ÖIAG zum Zweck von Umschuldungen beim Bund, vertreten durch die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur, aufgenommen hat oder aufnehmen wird und für die gleichfalls noch eine Refundierungsverpflichtung des Bundes vorliegt. Die Verbindlichkeiten der ÖIAG, für die der Bundesminister für Finanzen zu Refundierungen verpflichtet ist, und die entsprechenden Refundierungsbeträge sind im Jahresabschluss der ÖIAG als Verbindlichkeit bzw. Vermögensgegenstände gesondert auszuweisen.

- (3) Die jeweiligen Zinszahlungen für ein Jahr sind aus dem Bilanzgewinn des Jahresabschlusses des Vorjahres zu bedecken. Die Refundierungsverpflichtung des Bundes für Zinsen eines jeden Jahres verringert sich daher maximal um den im Jahresabschluss des jeweiligen Vorjahres ausgewiesenen und zur Deckung der Zinszahlungen herangezogenen Bilanzgewinn, der insoweit von der Gewinnverteilung ausgeschlossen ist. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist sicherzustellen, dass zumindest die im ersten Satz genannten Zinszahlungen des Folgejahres aus dem Bilanzgewinn bedeckt werden können. Die Vermögens- und Finanzlage der ÖIAG darf dadurch nicht nachhaltig beeinträchtigt werden; insbesondere bedarf es keiner Auflösung nicht gebundener Kapitalrücklagen.
- (4) Umschuldungsmaßnahmen für Tilgungsausgaben sind über Veranlassung des Bundesministers für Finanzen von der ÖIAG durchzuführen.
- (5) Die Refundierungsverpflichtung des Bundes gemäß § 14 Abs. 2 erlischt in dem Ausmaß, in dem ihr nach Maßgabe des Zufließens von Privatisierungsgewinnen bei der ÖIAG entstandene Genussrechtsansprüche gemäß § 13 Abs. 2 aufrechenbar gegenüberstehen (§ 1438 ABGB).
- (6) Die Refundierungsverpflichtung des Bundes gemäß § 14 Abs. 2 erlischt auch und insoweit, als nach vollständiger Tilgung jener Verbindlichkeiten, die durch die Verschmelzung gemäß Artikel II auf die ÖIAG übergehen, liquide Mittel der ÖIAG zur Verfügung stehen, die aus Privatisierungserlösen stammen und zur Tilgung von Verbindlichkeiten, für die der Bund zur Refundierung von Zinsen und Tilgungen verpflichtet ist, verwendet werden können. In diesem Fall sind in Höhe der erlöschenden Refundierungsansprüche auch gebundene Kapitalrücklagen aufzulösen. Falls nach den genannten Maßnahmen weitere liquide Mittel, die aus Privatisierungserlösen stammen, der ÖIAG zur Verfügung stehen, sind sie für die Tilgung des nachrangigen Gesellschafterdarlehens gemäß § 13 Abs. 1 zu verwenden.
- (7) Nach Tilgung des nachrangigen Gesellschafterdarlehens gemäß

¹ Anmerkung: entspricht EUR 412.927.043,74

§ 13 Abs. 1 und Tilgung der Refundierungsansprüche gemäß § 14 Abs. 2 sowie der Tilgung jener Verbindlichkeiten, die durch die Verschmelzung gemäß Artikel II auf die ÖIAG übergehen, sind Privatisierungserlöse im rechtlich zulässigen Höchstausmaß im Jahresabschluss der ÖIAG als Gewinn darzustellen. Dabei sind bis zur Höhe von mindestens 50 % der Buchwerte der veräußerten Beteiligungen gebundene Kapitalrücklagen aufzulösen.

§ 15

Die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes bestehende Haftung des Bundes für Verbindlichkeiten der PTBG bleibt aufrecht. Für diese Verbindlichkeiten haftet der Bund als Bürge (§§ 1346, 1358 ABGB) unter Ausschluss der Haftung der Telekom Austria und Österreichische Post AG. Die ÖIAG hat die auf sie übergangenen Schulden zu verwalten und zu tilgen.

§ 16

Die Refundierungsverpflichtung des Bundes für Zinsen verringert sich um die der ÖIAG vor Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes zugeflossenen, von der ÖIAG aber noch nicht bis zum Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes zur Entlastung des Bundes von Refundierungsverpflichtungen verwendeten Geldmittel, die aus der Privatisierung der Austria Tabak Aktiengesellschaft und aus Dividendenausschüttungen der Austrian Airlines Österreichische Luftverkehrs-Aktiengesellschaft und der Flughafen Wien Aktiengesellschaft sowie aus der bestmöglichen Zwischenveranlagung dieser Privatisierungserlöse und Dividendeneinnahmen stammen. Von diesen Erlösen sind die der ÖIAG bis zum Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes entstandenen Aufwendungen aus der Verwaltung der Anteilsrechte an diesen Gesellschaften sowie die mit der Vorbereitung und mit der Durchführung der Privatisierung der Austria Tabak Aktiengesellschaft verbundenen Aufwendungen sowie allfällige Steuern und sonstige Abgaben abzuziehen.

Artikel IV

Abgaben

§ 17

Auf die Vorgänge gemäß Artikel II und III sind die Bestimmungen gemäß Artikel I, § 10 Abs. 2 bis 7 anzuwenden. Sofern in diesem Bundesgesetz nichts Abweichendes bestimmt ist, gelten die Vorschriften des Umgründungssteuergesetzes.

Artikel V

Übergangsvorschriften

§ 18

(1) Mit Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes werden aufgehoben:

1. Das Bundesgesetz über die Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft und über eine Änderung des Arbeitsverfassungs- sowie des ÖIAG-Anleihegesetzes (ÖIAG-Gesetz), BGBl. Nr. 204/1986, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 298/1987, 421/1991, 973/1993, 426/1996, BGBl. I Nr. 97/1997 und BGBl. I Nr. 79/1998.
2. Das Bundesgesetz betreffend Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Österreichische Industrieverwaltung Aktiengesellschaft (ÖIAG-Anleihegesetz), BGBl. Nr. 295/1975, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 83/1979, 298/1981, 602/1981, 633/1982, 589/1983, 204/1986, 298/1987, 421/1991, 973/1993, 383/1996 und BGBl. I Nr. 79/1998.
3. Das Bundesgesetz, mit dem finanzielle Beziehungen zwischen dem Bund und der Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft geregelt werden (ÖIAG-Finanzierungsgesetz 1991), BGBl. Nr. 421/1991, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 973/1993, 426/1996, BGBl. I Nr. 97/1997 und 126/1998.
4. Das Bundesgesetz über die Übertragung von Kapitalbeteiligungen des Bundes an die ÖIAG und die Novelle zum ÖIAG-Gesetz, BGBl. Nr. 426/1996.
5. Das Bundesgesetz über die Übertragung des Dorotheums in das Eigentum der ÖIAG, BGBl. I Nr. 65/1998.

(2) Mit Eintragung der Verschmelzung¹ gemäß Artikel II werden aufgehoben:

Die §§ 4, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 11a, 11b, 12, 13, 13a, 14 § 15 Abs. 1 und Abs. 2, 1. und 2. Satz, §§ 16 mit Ausnahme von Abs. 4 1. Satz und 24 des Poststrukturgesetzes, BGBl. Nr. 201/1996, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 742/1996 und 797/1996 sowie BGBl. I Nr. 97/1997, 138/1997, 79/1998, 6/1999, 31/1999 und 161/1999.

¹ Anmerkung: Die Eintragung erfolgte am 20.5.2000.

- (3) Verweise auf das ÖIAG-Gesetz 1986 in der zuletzt geltenden Fassung in den anderen Gesetzen beziehen sich auf das ÖIAG-Gesetz 2000.
- (4) Soweit in diesem Bundesgesetz auf andere Bundesgesetze verwiesen wird und nicht ausdrücklich Anderes bestimmt ist, sind diese Bundesgesetze in ihrer jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

Vollziehung

§ 19

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind betraut:

- a) der Bundesminister für Justiz, soweit durch dieses Bundesgesetz Bestimmungen des Aktiengesetzes 1965, des Firmenbuchgesetzes und des Handelsgesetzbuches betroffen sind;
- b) der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit hinsichtlich des Artikel I §§ 5 und 11 Abs. 3;
- c) hinsichtlich der übrigen Bestimmungen der Bundesminister für Finanzen.

Novelle 2003 zum ÖIAG-Gesetz 2000

Auszug aus dem "Budgetbegleitgesetz 2003"

Artikel 26: Änderung des ÖIAG-Gesetzes 2000

Das Bundesgesetz über die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft und der Post und Telekombeteiligungsverwaltungsgesellschaft (ÖIAG-Gesetz 2000), BGBl. I Nr. 24/2000, wird folgendermaßen geändert:

1. *Im § 1 Abs. 2 lit. c wird die Wortfolge „gemäß § 9 Abs. 2 und 3“ durch die Wortfolge „§ 9 Abs. 3 und 4“ ersetzt.*
2. *Dem § 7 wird folgender Abs. 4 angefügt:*

„(4) Die Privatisierungen sollen zu einer möglichst hohen Wertsteigerung der Unternehmen führen und dadurch auch langfristig sichere Arbeitsplätze in Österreich schaffen bzw. erhalten, möglichst hohe Erlöse für den Eigentümer erbringen, die Entscheidungszentralen und die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten der zu privatisierenden Unternehmen wenn möglich in Österreich halten und den österreichischen Kapitalmarkt berücksichtigen.“
3. *Vor § 9 Abs. 1 wird vor dem Abs. 1 folgender neuer Abs. 1 eingefügt:*

„(1) Im Rahmen des Beteiligungsmanagements hat die ÖIAG unter Berücksichtigung der öffentlichen Interessen an der Sicherung Österreichs als Wirtschafts- und Forschungsstandort sowie an der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen auf eine Werterhaltung und Wertsteigerung der Beteiligungsgesellschaften Bedacht zu nehmen.“
4. *In § 9 werden die bisherigen Abs. 1 bis Abs. 4 als Abs. 2 bis Abs. 5 bezeichnet.*
5. *Im § 9 Abs. 4 (neu) wird die Wortfolge „§ 9 Abs. 1 lit. a) oder“ durch die Wortfolge „§ 9 Abs. 2 lit. a,“ ersetzt und nach dem Wort „Umstrukturierungen“ die Wortfolge „oder im Rahmen des Portfoliomanagements“ eingefügt.*
6. *§ 14 Abs. 3 entfällt. In § 14 werden die bisherigen Abs. 4 bis 7 als Abs. 3 bis 6 bezeichnet.*
7. *§ 14 Abs. 6 lautet:*

„Bei Aufstellung des Jahresabschlusses darf der Jahresüberschuss nicht in freie Gewinnrücklagen eingestellt werden. In den Vorschlag für die Gewinnverteilung hat der Vorstand eine Vorschau-rechnung aufzunehmen, in welchem Ausmaß Privatisierungserlöse für das laufende und das folgende Geschäftsjahr für Zinsenzahlungen gemäß Abs. 2 auf Grundlage einer vorsichtigen Finanzplanung benötigt werden. Der Bilanzgewinn unterliegt den allgemeinen aktienrechtlichen Bestimmungen über die Gewinnverteilung. Der Vorstand kann bei Aufstellung des Jahresabschlusses gebundene Kapitalrücklagen auflösen, wenn die Vermögens- und Finanzlage der ÖIAG durch die Gewinnverteilung nicht nachhaltig beeinträchtigt wird. Nach Tilgung des nachrangigen Gesellschafterdarlehens gemäß § 13 Abs. 1 und Tilgung der Refundierungsansprüche gemäß § 14 Abs. 2 sowie jener Verbindlichkeiten, die durch die Verschmelzung gemäß Art. II auf die ÖIAG übergehen, sind bei der Ermittlung des Bilanzgewinnes gebundene Kapitalrücklagen in der Höhe der Buchwerte der veräußerten Beteiligungen aufzulösen. Die Bestimmungen dieses Absatzes sind erstmals auf den Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2002 anzuwenden.“

Kontakt

Österreichische Industrieholding AG

Kantgasse 1

A-1015 Wien

Telefon +43/1/711 14-0

Telefax +43/1/711 14-245

e-mail oiag@oiag.at

www.oiag.at

Kommunikation

Dr. Viktoria Kickinger

Telefon +43/1/711 14-240

Telefax +43/1/711 14-5240

e-mail v.kickinger@oiag.at

Impressum

Herausgeber:

ÖIAG Österreichische Industrieholding AG, Kantgasse 1, 1015 Wien

Für den Inhalt verantwortlich:

Dr. Viktoria Kickinger, Dr. Martin Piribauer

Gestaltungs- und Textkonzept:

Planetcom Werbeagentur GmbH

be.public Werbung Finanzkommunikation GmbH

Wir haben diesen Geschäftsbericht mit der größtmöglichen Sorgfalt erstellt und die Daten überprüft.

Rundungs-, Satz- oder Druckfehler können dennoch nicht ausgeschlossen werden.